

# Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werftätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3,00, monatlich 1,00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepalte Petitzelle oder deren Raum 35 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 97.

Freitag, den 26. April 1918.

5. Jahrg.

## Die Vaterlandspartei als Friedensförderer.

In ihrer Tagung vom 19. April hat die Deutsche Vaterlandspartei die Angliederung von Livland und Estland an Deutschland beschlossen. Sie empfahl damit gleichsam eine gewalttätige Korrektur des Brest-Litowsker Friedensvertrages der deutschen Reichsregierung. Erst vor wenigen Wochen hat nämlich Graf von Hertling im Reichstag die Festsetzung Deutschlands in Livland und Estland ausdrücklich abgelehnt. Und später erklärte Unterstaatssekretär v. d. Busche, daß Estland und Livland zunächst als russische Gebietssteile gelten sollen.

Man darf nämlich nicht vergessen, daß nur durch eine neue Uebereinkunft zwischen Deutschland und Rußland über die Staatszugehörigkeit Livlands und Estlands entschieden werden kann.

Die Deutsche Vaterlandspartei hat jetzt die völlig unverbindliche Kundgebung des ständischen vereinigten Landestrats von Livland, Estland, Kiga und Osel zu einer wesentlichen Förderung ihres Annektionsprogramms erhoben, obwohl führende deutsche Zeitungen diese Demonstration als politisch gefährlich und abenteuerlich abgelehnt haben. So schreibt z. B. die „Frankfurter Zeitung“ in ihrer Nummer 105: „Am wenigsten aber scheint uns der Beschluß einer Körperschaft wie der Vereinigte Landestrat von Kiga eine Tatsache zu sein, die uns eine Politik im Sinne dieser Körperschaft für weniger abenteuerlich und gefährlich halten ließe, als es bisher der Fall gewesen ist.“

Der „Vorwärts“ aber ging noch schärfer mit der friedensbrecherischen Politik des Vereinigten Landestrates ins Gericht, indem er schrieb:

„Da der Friede mit Rußland bereits geschlossen ist und in dem Vertrag die Grenzlinien der von Rußland abgetrennten Gebiete endgültig festgelegt worden ist, eine Grenzlinie, die Estland und Livland bei Rußland belassen, so fehlt jede rechtliche Grundlage, den Wunsch der vereinigten Landesträte durchzuführen, selbst wenn man deren Legitimation, um im Namen der Mehrheit der baltischen Bevölkerung zu sprechen, anerkennen wollte. Bei der geschichtlichen Zusammenfassung des Landestrates muß aber diese Legitimation überdies bezweifelt werden. Was die Landesträte von Deutschland verlangen, bedeutet einen feindlichen Angriff auf Rußland und einen Bruch des oben geschlossenen Friedensvertrages. Im übrigen sind wir der Ansicht, daß die Entscheidung über dieses Geschäft nicht nur beim deutschen Kaiser, sondern beim deutschen Volke liegt, dessen Lebensinteresse hierdurch berührt wird.“

Jetzt bewillkommnet die Deutsche Vaterlandspartei und mit ihr die albedutschen „Lübbedischen Anzeigen“, begeistert den flagranten Friedensbruchversuch einer ständischen Körperschaft und wirbt für ihn in ihrer bekannten demagogischen Weise Anhänger im deutschen Volke. Sie erweitert und vertieft damit bewußt die zwischen Deutschland und Rußland bestehende Kluft, die zu schließen im Interesse eines dauerhaften Weltfriedens so dringend geboten ist. In der Tat kann die Verschmelzung Livlands und Estlands mit Deutschland die leider schon eingetretene Entzweiung zwischen Rußland und dem Deutschen Reich unheilbar machen.

Die dauernde Angliederung Livlands und Estlands an Deutschland würde nämlich der jungen Republik unschätzbare Reichtumsquellen entziehen. Estland wird allgemein als ein „Land von großer Zukunft“ geschildert. Der gute Boden Estlands kann schwere Mengen von Getreide erzeugen. Außerordentlich wertvoll sind ferner dessen Kiefernwaldungen. Nach einer Darstellung des Majors Brockmann in der „Züricher Post“ bildet der mächtige Peipussee ein „Wasserreservoir ersten Ranges“ und „die Wasserfälle des Abflusses bei Narwa mit gegen 30 Meter Höhe repräsentieren allein ein Nationalvermögen.“

Die Vaterlandspartei und ihre Trabanten beantworten also die Verabung Rußlands von großen natürlichen Schätzen, die einen wesentlichen Bestandteil des russischen Reichtums bilden.

Die Festsetzung der Deutschen in Livland und Estland — und dieses Moment ist für die Gestaltung der russischen und deutschen Beziehung von ausschlaggebender Bedeutung — muß die Machtstellung Rußlands total erschüttern. Darüber äußert sich der Major Brockmann sehr freimütig in der „Züricher Post“. Livland und Estland beherrschen nämlich, wie er dort ausführt, zusammen mit den Inseln Osel und Moon den Golf von Riga. „Der natürliche Hafen von Reval wurde während des Krieges zu einem Kriegshafen ersten Ranges ausgebaut. 30 000 Arbeiter, meist russische Pfianzen und Kuli haben seit 1914 eine ganz moderne Festung für etwa 80 000 Mann geschaffen. . . . Reval beherrscht das Finnische Meer und damit den Ausgang der Häfen von Kronstadt und Petersburg.“ Dringt Deutschland bis „zur natürlichen Grenze“, bis zum Peipussee mit der Narwa, vor — diese Grenze ist nur 130 Kilometer von Petersburg entfernt —, so steht es gleichsam „vor den Toren Petersburgs.“ Deutschland beherrscht dann „den Finnischen Meerbusen und macht aus dem russischen Reich eine Hin-

terland. Der russische Handel ginge zum allergrößten Teil durch das Deutsche Reich. Die militärische Stellung Rußlands wäre auf absehbare Zeit zur See und auf dem Lande gebrochen.“

Eine derartige Verletzung der Lebensinteressen Rußlands könnte dieses junge kinderreiche Land, dessen Bevölkerung im Unterschied von der Deutschlands, rapid wächst, Hals über Kopf in eine neue Kriegsvorbereitung stürzen. In dem Augenblicke also, wo der letzte Kanonenschuß im Westen erfolgt, würden emsig neue Kanonen wieder im Osten gegossen werden. Die von der Vaterlandspartei und ihren Helfershelfern so eifrig propagierte Loslösung Estlands und Livlands von Rußland dürfte das russische Volk förmlich zu einem Revanchekrieg aufpeitschen. Aber schon jetzt muß diese Propaganda einer Vereinigung der beiden russischen Provinzen mit Deutschland direkt friedensstörend wirken.

## Die dritte Kriegssteuer-Aktion des Deutschen Reichs.

Nicht weniger unsicher als bei der Biersteuer ist die Rechnung bei der Weinsteuer, die 20 Prozent vom Werte betragen und 103 Millionen einbringen soll. Um die Weinbesteuerung und deren Form ist schon hart gekämpft worden. Daß sich aber gerade die jetzige Kriegszeit, wo die Weinpreise bis ins Phantastische hochgetrieben sind, zur Einführung einer Wertsteuer eignet, wird kein verständiger Steuerpolitiker behaupten. Jedenfalls werden die Unterlagen für die Ertragsberechnung dadurch sehr unsicher, und wenn mit dem Aufhören unserer Abperrung gegen das Ausland die Zufuhr von dort wieder beginnt, wird die Wertgrundlage sich wohl sehr erheblich verschieben. Weniger unsicher dürfte die Erhöhung der Schaumweinsteuer auf 3 Mk. pro Flasche wirken, zumal der Konsum in den Kreisen der Kriegsgewinnler stark zugenommen haben dürfte.

Am schärfsten soll bei der allumfassenden Getränkebesteuerung der Branntwein vorgekommen werden. Die Regierung will die schöne Gelegenheit benutzen, endlich das seit dreißig Jahren erstrebte, bisher immer abgeschlagene Branntweinmonopol zu verwirklichen. Das dem Reich eine Reineinnahme von 300 Mark pro Hektoliter reinen Alkohols und damit eine Gesamteinnahme von 847,8 Millionen und gegenüber der bisherigen Einnahme aus der Branntweinbesteuerung einen Mehrertrag von 643 Millionen Mark erbringen soll. Der sehr umfangreiche Gesetzentwurf (er enthält 258 Paragraphen und 23 Anlagen) setzt den Monopolgrundsatz im § 1 fest:

„Der im Inland hergestellte Branntwein ist, soweit nicht in diesem Gesetze Ausnahmen vorgesehen sind, aus der Brennerei zum Branntweinübernahmepreis an das Reich abzuliefern. Die Verarbeitung von Branntwein zu Trinkbranntwein und der Handel mit solchen Trinkbranntwein steht, soweit nicht in diesem Gesetze Ausnahmen vorgesehen sind, ausschließlich dem Reich zu und wird für seine Rechnung von der Monopolverwaltung betrieben.“

Auf die Einzelheiten, wie das Branntweinmonopol angezogen werden soll, können wir hier nicht näher eingehen, da es sich für uns hier zunächst nur um den finanziellen Effekt der Vorlage handelt. Das Monopol läuft im wesentlichen hinaus auf eine Verstaatlichung der Spirituszentrale, die in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt und unter Leitung eines Monopolamtes weiter arbeiten wird, dem ein Beirat und ein Gewerbeschauschuß zur Seite gestellt werden sollen. Von dem zwanzig Mitgliedern des ersten sollen je fünf vom Bundesrat und vom Reichstag bestimmt werden, fünf aus den Kreisen der landwirtschaftlichen Brenner entnommen und fünf auf Vorschlag des Monopolamtes vom Reichstanzler ernannt werden.

Der Grundpreis für den hergestellten Branntwein soll so festgesetzt werden, daß er die durchschnittlichen Herstellungskosten in gut geleiteten landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien deckt. Die durch gemeinschaftlichen Beschluß des Monopolamtes und des Beirates festgesetzten Verkaufspreise sollen so hoch sein, daß für das Reich die 800 Mk. Reineinnahme pro Hektoliter Alkohols herauskommen. Der über 800 Mk. pro Hektoliter hinausgehende Betrag der Reineinnahme soll bis zur Höhe von 200 Millionen Mark bei den Betriebsmitteln der Reichshauptkasse angesammelt werden. Für unverarbeiteten Branntwein sollen ermäßigte Verkaufspreise festgesetzt werden, ebenso für Branntwein, der ausgeführt, zu gewerblichen Zwecken, zur Flüssigkeitsbereitung, zu Fuß-, Heizungs- oder Beleuchtungszwecken verwendet wird.

Die Monopolzerzeugnisse sind an jeden, der sich gewerbsmäßig mit dem Verkauf von Trinkbranntwein an Verbraucher befaßt, zu liefern; eine Abgabe unmittelbar an Verbraucher findet nicht statt. Für die Lieferung können vom Monopolamt Mindestmengen festgesetzt werden. Der Rauminhalt der Kleinverkaufsbehälter darf nicht kleiner als 0,5 Liter sein. Wiederverkäufer sollen,

soweit sie Monopolzerzeugnisse in einzelnen Mengen von 0,25 Liter oder mehr abgeben, an die von der Monopolverwaltung festgesetzten Preise gebunden sein. Das besagt, daß beim Kleinauskauf von Branntwein der Verkäufer an die Preise nicht gebunden ist, also beliebig Aufschläge machen können.

Das Monopolamt soll zur Stilllegung von Anstalten zur Reinigung von Branntwein berechtigt, dann aber verpflichtet sein, die Inhaber zu beschäftigen oder zu entschädigen. Auch Brennereibesitzer, die ihr Brennrecht gänzlich aufgeben, Besitzer von Branntweinlagern, sowie Gernerbetreibende, die nach dem 30. September 1912 mindestens drei Jahre lang am Branntweinverkehr beteiligt waren, sollen nach der Wahl der Monopolverwaltung auf die Dauer von zehn Jahren weiter beschäftigt oder entschädigt werden. Entschädigungsberechtigt sollen auch Angestellte aus den beteiligten Betrieben sein, die nachweislich infolge des Gesetzes nicht oder zu ungünstigeren Bedingungen weiterbeschäftigt werden. Arbeiter, die in ähnlicher Lage sind und länger als ein Jahr in entschädigungsberechtigten Betrieben tätig waren, sollen aus den Mitteln der Monopolverwaltung bis zu einem Zeitraum von einem halben Jahre Unterstützung erhalten.

Die Regierung rechnet damit, daß der während des Krieges eingetretene starke Rückgang im Branntweinkonsum noch eine Zunahme erfahren wird, da sie sehr richtig vermutet, daß die allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung eine Zurückhaltung gerade im Verbrauch entbehrlicher Genussmittel herbeiführen wird, besonders bei denen, die ihr Einkommen nicht entsprechend steigern können. Man sollte meinen, das müßte ein Grund sein, mit der Höherbelastung des Verbrauches recht vorsichtig zu sein. Aber die Regierung will den großen Fischzug auf den Gründen der indirekten Steuern offenbar jetzt bis an die Grenze des Möglichen durchführen, sie bis auf den Grund ausschöpfen. Wenn also auch der Verbrauch bis auf die Hälfte zurückgeht, wie angenommen wird, so soll die verbleibende Hälfte um so schwerer belastet werden. Man rechnet auf 12 Mk. pro Kopf (Frauen, Kinder und Säuglinge einbezogen). Die wirklichen Verbraucher werden also im Durchschnitt ein Vielfaches dieser Summe an Steuern zu tragen haben.

Damit aber die übrige Bevölkerung bei der Stillung ihres Durstes nicht dem Steuerfiskus entweicht, sollen auch die alkoholfreien Getränke, sowohl Mineralwässer und Limonaden, wie auch Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade, einer neuen oder erhöhten Abgabe unterworfen werden. Die Steuer soll betragen in Gefäßen:

	für	bis 1/2 Lit	1/2 — 1 Lit.	mehr als 1 Lit.
Mineralwässer	2 Pfg.	5 Pfg.	5 Pfg.	
Limonaden	6 Pfg.	12 Pfg.	12 Pfg.	
konzentrierte Kunstlimonaden	60 Pfg.	1,20 Mk.	1,20 Mk.	je 1 Lit. od. Bruchteil eines Liters.

Die Kaffee-, Tee- und Schokoladentrinker werden zur Besteuerung ihres Trankes durch eine Erhöhung der Zölle herangezogen, die in Zukunft beitragen sollen. pro Doppelzentner: für rohen Kaffee 130 Mk., für gebrannten Kaffee 175 Mk., für Tee 220 Mk., für rohe Kakaobohnen 50 Mk., gebrannte ungegährt 70 Mk., gegährt 90 Mk., für Kakaoshalen 25 Mk., für Kakaomasse und -pulver 140 Mk., für Schokolade, Schokoladen- und Kakaowaren 100 Mk. Diese Zölle sollen 75 Millionen, die Steuer auf Mineralwässer und Limonaden 51 Millionen Mark einbringen.

Damit sind so ziemlich alle Getränke außer Quell- und Leitungswasser und Milch restlos erfaßt, um der Geldmacherei des Steuerfiskus zu dienen. Auch das Leitungswasser ist nicht mehr völlig frei. In manchen Gemeinden muß es heute schon weit über den wirklichen Herstellungspreis bezahlt werden und die Finanzen der Gemeinden, die durch den Krieg so unendlich verschärft worden ist, wird wohl noch vielfach als Antrieb für weitere Erhöhungen der Wasserpreise wirksam werden. Mit der Milchverforgung ist es aber bekanntlich so schlecht bestellt, daß man sich im Reichshauptamt doch wohl geschämt hat, auch noch die Nahrung der Säuglinge mit einer Steuer zu belasten, im selben Moment, wo das Problem der zukünftigen Bevölkerungsvermehrung sich überall in den Vordergrund drängt.

Was aber von der Milch gilt, das gilt mehr oder weniger auch von den übrigen Getränken. Sie gehören, die einen im höheren, die anderen im geringeren Maße, zu den unbedingten Erfordernissen der menschlichen Ernährung, wobei sich, je nach der örtlichen oder persönlichen Gewöhnung der Konsum bald mehr der einen oder der anderen Kategorie von Getränken zuneigt. Die rücksichtslose Mehrbelastung dieses gesamten Konsums, um für das Reich ein Mehr an Steuern von rund 1 1/2 Milliarden herauszubringen, ist um so gefährlicher, als die infolge des Krieges bestehende und so halb nicht wieder verschwindende allgemeine Verteuerung des Lebensunterhalts die großen Volksmassen an sich schwer bedrückt und deren Konkurrenzfähigkeit bereits sehr stark herabgesetzt hat. Ein jedes Mehr der Besteuerung muß diese zur Unertüchtigkeit steigern. Gätten unsere Steuermacher nur einigermassen soziales Verständnis und etwas sozialistisches Empfinden, sie hätten



niemals auf den Gedanken verfallen können, dem deutschen Volke, das im Kriege so ungeheure Opfer gebracht hat, auch noch in Zukunft mit schweren Belastungen des Konsums die Lebensmöglichkeit weiter zu behrbeiten. Aber im Reichsgesamtwirtschaftsamt wartet offensichtlich der Geist über, verdrängter Steuerroutine, die glaubt, heute Tausende von Millionen herauspressen zu können, wo man früher um ebenso viele Hunderte von Millionen schwer hat ringen müssen. Und das in einer Zeit allgemeiner wirtschaftlicher Erschöpfung!

Aus der bürgerlichen Presse, selbst aus der liberalen, klingt trotzdem eine harte Resignation heraus, die geneigt ist, diese Steuermacherei als etwas Unvermeidliches hinzunehmen, weil der Krieg mit seinen Riesenforderungen dazu zwingt. Das ist eine vollständige Verkennung der wirklichen Situation. Jedenfalls sollten neue Massenbelastungen nur als allerletztes Mittel in Frage kommen, wenn alle anderen Quellen erschöpft sind. Darum wird selbstverständlich die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages diesen Konsumsteuern entschieden Widerstand entgegenzusetzen, wie das ihr Redner im Reichstag bereits angekündigt hat.

## Was der Krieg bringt.

Kampf um Kummel.

WIB. Berlin, 25. April, abends. (Amtlich.) Die Armee des Generals Digt von Urmin steht im Kampf um Kummel.

Kummel und der benachbarte vielgenannte Kummelberg bilden das Bollwerk der englischen Vordront. Die Lage ist aus der nachstehenden Kartenskizze ersichtlich.



Zum Angriff auf Zeebrugge.

WIB. Berlin, 25. April. (Amtlich.) Nach Reuters Meldungen sollen nach England zurückgekehrte Leute der Landungsabteilung des gegen Zeebrugge angelegten geschwungenen Angriffsgewanders ausgelegt haben, daß alle Geschütze, Schuppen und Munitionsvorräte auf dem Hafendamm zerstört wurden und die Schleusentore in die Luft gesprengt worden seien. Diese Behauptungen sind von Anfang bis Ende frei erfunden. Außer der geringfügigen bereits ausgeübten Zerstörung an der Molenverbindung haben die Engländer durch ihre Unternehmung nicht das Mindeste erreicht. Es ist nicht eine einzige der auf der Mole befindlichen militärischen Einrichtungen auch nur in Mitleidenschaft gezogen worden. Bis auf die bereits gemeldete leichte Beschädigung eines einzigen Torpedobootes sind auf keinerlei Zerstörungen an irgend einem U-Boot, Torpedoboot oder sonstigem Fahrzeug erreicht. Auch an den Schleusen ist der Feind weder mit Sprengungen, noch durch Geschütze herangekommen. Die gesamten Hafeneinrichtungen Zeebrugges sind vielmehr völlig unversehrt und voll betriebsfähig. Auch Gefangenenaussagen hat der Feind gleiche Unternehmungen bereits viermal durchzuführen versucht. Durch die Nachsichtigkeit unserer Torpedoboots und unserer Batterien ist er aber jedesmal zur Umkehr gezwungen worden. Wenn es ihm diesmal gelang, an die Angriffspunkte näher heranzukommen, so verdanke er dies dem Zusammenstoß für ihn besonders günstiger Umstände. Hierbei spielte dann neblige Wetter und die Windrichtung eine entscheidende Rolle. Letztere führte die in größerem Umfange verwendeten künstlichen Nebel vor dem Angreifer her unmittelbar auf die Angriffspunkte zu. Unsere Abwehrmittel konnten daher erst in Tätigkeit treten, als der Kreuzer "Vindictive" auf nächste Entfernung in Sicht kam. Ihre Wirkung zeigte dann mit solcher Wucht ein, daß es dem Kreuzer bei aller Anerkennung des von seiner Führung gezeigten heldenmütigen Geschickes nicht gelang, die für die Untersuchung bestimmten vier Kompanien Seebootsleute zu landen. Die wenigen Leute, denen es unter Führung ihrer Offiziere möglich war, auf der Mole Fuß zu fassen, wurden von der tapferen Berühmung niedergemacht oder ins Wasser geworfen bis auf 12 Mann und einen Hauptmann, die sich als Gefangene in unseren Händen befinden. Mit ihnen fielen zwei Flammenwerfer, zwei Maschinengewehre und sonstige Kampfmittel in unsere Hände. "Vindictive" mußte unter dem vernichtenden Feuer vielmehr wieder von der Mole ablegen.

Die zur Sperrung der Kanalfahrt bestimmten Kreuzer wurden gleichfalls beim Heranströmen aus dem Nebel unter vernichtendem Feuer genommen. Es gelang daher, sie zum Sinken zu bringen, bevor sie für die Sperrung angeordneten Plätze erreicht hatten. Die von den Engländern mit schweren Personal- und Materialverlusten eingesetzten Mittel haben demnach in keiner Weise den Erfolg erzielt, den der Feind erhofft hatte. Insbesondere ist ihre Absicht, die Einfahrt zu unseren Unterseebootsstationen zu sperren, vereitelt worden.

Reuter mag mit Recht die Unternehmungsfahrt und die Tapferkeit der bei dem Unternehmen beteiligten Engländer loben. Uns vermag er aber die Genugtuung darüber nicht zu nehmen, daß dank der Tapferkeit unserer Berühmten der Gegner sein Ziel nicht erreicht hat.

## Deutschland und Holland.

Dem L. A. zufolge werden die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen zwischen Deutschland und Holland einem heute zusammentretenden holländischen Ministerrat zur Prüfung bzw. Beschlussfassung vorgelegt werden. Man nimmt an, daß die deutschen Bedingungen angenommen werden, worauf der Vertrag abgeschlossen werden könnte.

Ueber die holländisch-deutsche Krise ist die holländische Öffentlichkeit noch immer sehr beunruhigt, um so mehr, als man nicht recht begreift, warum so kleine Urkunden die Gefahr so großer Wirkungen in sich schließen können. Wie verlaunt, ist die holländische Regierung durchaus bereit, den deutschen Forderungen bezüglich der Benutzung der Limburger Eisenbahn entgegenzukommen.

## Französische Vorköße in Albanien abge schlagen.

Wien, 25. April. (Amtlich.) Am oberen Saosle in Albanien schlugen wir in den letzten Tagen französische Vorköße zurück. Im Südwesten nichts Neues.

## Protest der nordischen Sozialdemokratie gegen die Greuelthaten der Weißen Garde.

Einer Stockholmer Meldung zufolge sind die beiden schwedischen sozialdemokratischen Parteien übereingekommen, die sozialdemokratischen Parteien Dänemarks und Norwegens zur gemeinschaftlichen Veröffentlichung der nachstehenden an die Weiße Finnische Regierung gerichteten Adresse einzuladen:

„Nach Berichten der Presse, laut Briefen der schwedischen Freiwilligen und anderer Augenzeugen sollen die Weißen Truppen in Finnland jetzt im Siegestaumel gefangen genommene rote Garbisten, Männer wie Frauen, sowie russische Freiwillige, die in ihren Reihen kämpften, rücksichtslos niederjagen. Ein solches Vorgehen ist gleich verwerflich vom völkerrechtlichen wie vom menschlichen Standpunkt und wirft außerdem einen tiefen Schatten auf die Zukunft. Es beschwört Berwidlungen herauf, deren Inhalt und Tragweite für Finnland wie für die Nachbarländer nicht übersehen werden können. Auch kündigt die finnische Regierung eine blutige Abrechnung an, welche die finnische Arbeiterklasse als Führer in höheren und niedrigeren Stellungen geleitet haben. Es sind dies Männer, welche in der gemäßigten und politischen Organisationen der finnischen Arbeiterklasse große Dienste geleistet haben.“

Die Arbeiterklasse der skandinavischen Länder, welche die während des Bürgerkrieges auf beiden Seiten vorgekommenen Greuelthaten bedauert, kann nicht stillschweigend die genannten Gewalttaten gegen finnische Arbeiter seitens der im Klassenkampf zufällig triumphierenden Bürgerklasse ansehen. Die schwedische, norwegische und dänische Sozialdemokratie, ohne Unterschied der Gruppierung und Richtung, erläßt deshalb einen gemeinsamen scharfen Protest gegen den Weißen Terror in Finnland. Sie fordert die finnische Weiße Regierung auf, sich ihrer Verantwortung bewußt zu werden, weitere Ausschreitungen zu verhindern und durch eine kluge Politik der Berührung besseren Zeiten die Wege zu ebnet.“

## Sozialisten gegen Clemenceau.

Zu den Erklärungen Clemenceaus vor den Kammerauschüssen bemerkt Cahin in der „Heure“, nach den Erklärungen habe eisiges Schweigen geherrscht. Das Unbehagen sei keineswegs zerstreut. Clemenceau habe sich bemüht nachzuweisen, daß Frankreich infolge seiner Politik und der daraus erwachsenen Zwischenfälle keinen Schaden erleiden werde, aber auf diese Art seien die Schwierigkeiten nicht gelöst. Clemenceau habe Oesterreich-Ungarn jetzt in die Arme Deutschlands getrieben.

W. I. A. erklärt in der „Humanite“, es wäre durchaus kein Verbrechen, wenn man Clemenceau beschuldigen könne, daß er die deutsche Offensive habe verhindern wollen. Der große Fehler bestehe gerade darin, daß nichts getan worden sei, um eine Fortsetzung des Krieges zu verhindern. Clemenceau wolle beweisen, daß er nicht um Frieden gebettelt habe. Bald werde man die ganze Wahrheit erkennen. Inzwischen empfinde man es als jenseitigen Unruhe, daß diejenigen, die Frankreichs Geschicke leiteten, eine derartige Mentalität besäßen.

Renan del führt in der „Humanite“ aus, Clemenceau habe das Dossier Sixtus-Reverera nur wenigen Deputierten vorlegen wollen. Die Ausschüsse hätten sich über Clemenceaus Wunsch hinweggesetzt. Warum wolle jetzt Clemenceau auf einmal nicht mehr die ganze Wahrheit? Dies sei kein politischer Streit, sondern es handle sich um die Politik Frankreichs, die Politik der Entente, um die Leitung der französischen Diplomatie, um die Verlängerung oder die Einstellung des Krieges, es handle sich um die Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens, um die Auffassung von Sieg und Recht in der Welt. Das Blut der französischen Soldaten fließe, Rußland, Rumänien, Belgien und Serbien seien außer Gefahr gesetzt. Das französische Volk wolle nicht, daß es so weitergehe. Weder Worte noch Zweideutigkeiten noch Zusammenhangslosigkeiten genügen. Nur in Wahrheit und Klarheit könne das Heil liegen.

## Die Dienstplicht in Südafrika.

Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ entnimmt der „Daily Telegraph“ aus Johannesburg vom Freitag: Die bisher verabschiedete allgemeine Einweihung aller Dienstpflichtigen zwischen 18 und 41 Jahren ist jetzt beschlossen worden. An erster Stelle die der unverheirateten Männer, an zweiter Stelle derjenigen, die während des Krieges geheiratet haben, an dritter Stelle die der Verheirateten im dienstfähigen Alter. Gemeinderat, Handelskommer, Bergwerksrat sowie viele andere große Arbeitgeber haben eingewilligt, den unverheirateten Leuten ein Viertel ihres Lohnes den verheirateten die Hälfte während ihrer Tätigkeit im öffentlichen Interesse auszusprechen.

## Wilson jagt mit neuen Kriegserklärungen.

Reuter meldet aus Washington: Nach einer Besprechung mit Wilson gab Senator King bekannt, er würde zurzeit seinen Antrag auf die Kriegserklärung an Bulgarien und an die Türkei, der gegenwärtig dem Senatsausschuß für Äußerer vorliegt, nicht dringlich machen.

## Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 25. April. (Meldung.) In der Beschlusse Englands wurden von unseren U-Booten wiederum 17 000 Brutto-Register-Tonnen vernichtet. Unter den versenkten Schiffen beanden sich ein res beladener 5000-Brutto-Register-Tonnen-Dampfer und ein ebenfalls res beladener Tankdampfer von 4000 Brutto-Register-Tonnen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Kleine Nachrichten.

Die neue rumänische Regierung erklärte durch ihren Minister des Äußeren entgegen der englischen Meldung, daß Rumänien noch ein verbündeter Staat Englands sei: Rumänien sei neutral. Nach einer Pariser Meldung wurde die Beschiebung von Paris auch am 24. April fortgesetzt.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Der Reichstag und die Rühlmann-Frage.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Rühlmann, machte gestern den Führern der Parteien des Reichstages vertrauliche Mitteilungen über die Bukarester Verhandlungen. Nachdem er geschlossen hatte, nahm Vizepräsident Dr. B. A. die Worte, um dem Staatssekretär für seine Ausführungen zu danken und namens der anwesenden Abgeordneten seinem Bedauern und Unwillen Ausdruck zu geben, wie von der „Deutschen Zeitung“ gegen den Staatssekretär mit persönlichen Verdächtigungen gekämpft werde. Er sei überzeugt, daß keiner widersprechen werde, daß dieses Hineinziehen persönlicher Verhältnisse in den politischen Kampf mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden müsse. Die Ausführungen wurden mit lebhafter Zustimmung aufgenommen. Im Anschluß sprach der Vizepräsident sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß auf gleiche Weise auch eines der kenntnisreichsten und fleißigsten Mitglieder des Reichstages in der gehäßigsten Form angegriffen werde. Die Zeitungen aller Richtungen hätten sich auch schon dagegen gewandt, daß man in dieser Krise das persönliche Gebiet in den politischen Kampf hineingiehe.

### Die Unabhängigen und die preussische Wahlrechtsvorlage.

Wie wir der „Leipz. Volksztg.“ entnehmen, hat die preussische Landtagsfraktion der Unabhängigen noch keinen Beschluß über ihre Stellungnahme zur preussischen Wahlrechtsvorlage gefaßt. Das war auch gar nicht behauptet worden. Wir hatten lediglich eine Notiz des Berliner Mitteilungsblattes der Unabhängigen wiedergegeben, in der es hieß, daß die Unabhängigen Sozialdemokratie die Verantwortung für eine solche ausgeprochen arbeiter- und sozialismuseindliche „Demokratisierung Preußens“ nicht übernehmen kann. Das Blatt hatte hierbei die Umgestaltung des Wahlrechts in der Regierungsvorstellung im Auge. Da das Berliner Mitteilungsblatt doch wohl in enger Fühlung mit der Zentralkommission der Unabhängigen, in der die unabhängigen Mitglieder des Landtages dominieren, steht, so war die Annahme, daß die Unabhängigen auch hier den Reaktionsären in die Hände arbeiten würden, nicht unbegründet. Wir wollen hoffen, daß in der Fraktion doch noch die Vernunft siegt.

### Glückarbeit!

Der „Internationale Volkswirt“, Zeitschrift für Banken, vom 20. April 1918, leitet seine Besprechung des neuen Reichs-Steuerbuletts so ein:

„Das deutsche Zentralproblem für Jahrzehnte nach Friedensschluß: die gerechte Verteilung der Lasten der Kriegnot wirft seine Schatten voraus. Der Bundesrat hat dem Reichstag ein Steuerbuckett zugehen lassen, wonach zwar dauernd 2556 Mill. Mk. neue Steuern und eine vorübergehende, die Gesellschaftsteuer für das vierte Kriegsjahr im Ertrage von 500 bis 600 Mill. Mk., also totaliter 3100 Mill. Mk. dem Reichsfiskus zufließen, aber bei allem Verständnis für die Notlage der Reichsregierung können wir in der Vorlage irgendeine geistreiche, originäre Lösung des Zentralproblems nicht finden. Im Gegenteil, je mehr man sich in dieses schwierige Gebiet vertieft, finden wir eine unerträglich Belastung der breiten Schichten, ein völliges Versagen der wahren Steuernatur: der Wegsteuerung der Vermögensgegenstände, kurz, eine richtige Glückarbeit.“

## Ein Fortschritt in der Sozialpolitik.

Der Entwurf des Arbeitskammergesetzes und der Entwurf zur Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, welche die Regierung haben in der vom Bundesrat beschlossenen Form dem Reichstag vorgelegt hat, können als Beweis dafür angesehen werden, daß die sozialistische Einsicht sich, wenn auch langsam, so doch sicher in Deutschland Bahn bricht. Namentlich der Entwurf zur Aufhebung des § 153 kann mit reiner Freude begrüßt werden, da er der Arbeiterklasse nur Vorteile bringt. Über auch der Entwurf des Arbeitskammergesetzes bedeutet trotz einiger Bestimmungen, die Bedenken erregen müssen, einen wesentlichen Fortschritt gegen die früher von der Regierung eingebrachten Vorlagen.

Die Novelle zur Gewerbeordnung ist von erfreulicher Kürze. Ihr Text lautet: „Der § 153 der Gewerbeordnung wird aufgehoben.“ Was der § 153 als Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse bisher bedeutet hat, das ist schon oft ausführlich hervorgehoben worden und darf als bekannt vorausgesetzt werden. Bemerkenswert ist, daß auch die dem Entwurf beigegebene Begründung jetzt offen anerkennt, daß es sich um eine gegen die Organisation in der Arbeiterklasse gerichtete Ausnahmebestimmung gehandelt habe.

Die Begründung betont, daß sich der § 153 zwar in der Form gleichmäßig gegen Arbeitgeber wie Arbeiter richte, tatsächlich aber fast ausschließlich gegen die Arbeiter zur Anwendung gekommen ist, da den Arbeitgebern andere Zwangsmittel zur Verfügung stehen, um widerstrebende Berufsgenossen zur Gefolgschaft zu bestimmen.

Aber auch sonst entspricht — so sagt die Begründung — der § 153 nach dem allgemeinen Rechtsempfinden nicht mehr einem Bedürfnis, da er im wesentlichen in den Fällen zur Anwendung gelangt ist, in denen Beleidigungen oder leichte Körperverletzungen vorlagen, aber ein Strafantrag nicht gestellt oder zurückgezogen war. In diesem Zusammenhang unterläuft der sonst billigeremerten Begründung mindestens eine Entgegnung, wenn sie meint, daß der Strafantrag vielleicht nicht selten aus Furcht vor ärgeren Verfolgungen unterlassen worden sei. Hier werden die Schwarzfahrer einsehen, um zu behaupten, daß dieser Passus der Begründung gerade die Notwendigkeit beweise, den § 153 aufrecht zu erhalten.

In Wirklichkeit liegen die Dinge allerdings wesentlich anders, als die Begründung es darstellt. Auch ein streitbrecher Arbeiter bleibt letzten Endes ein Arbeiter. Namentlich wenn er unter dem Zwang äußerer Verhältnisse arbeitswillig geworden ist, wird er ein gewisses Gefühl der Kameradschaft und des Verständnisses für das Tun seiner Kollegen bewahren. Jedenfalls werden ihm die Radegefühle des emporstrebenden Unternehmers, der auf die „freitende Bande“ Gesungnis und Juchthaus herabwünscht, meistens ganz fremd bleiben. In Wirklichkeit bedeutet daher die Aufhebung des § 153, daß sich nicht mehr der in seinen Profitinteressen gefesselte Arbeitgeber für den mißlich getroffenen Arbeiter getraut fühlen darf.



Entwürfe eines Arbeitsamtergesetzes hatte die Regierung dem Reichstag bereits in den Jahren 1908 und 1910 vorgelegt. Der Entwurf von 1910 blieb liegen, weil eine Einigung zwischen dem sozialpolitisch fortgeschrittenen Reichstag und der sozialpolitisch rückständigen Regierung in bedeutenden Punkten nicht zu erzielen war. Der neue Entwurf bedeutet ein wesentliches Nachgeben der Regierung in mindestens zwei besonders bedeutungsvollen Punkten: Einmal in der Mitbestimmung der Staats- und Eisenbahnarbeiter in den Gesetzen und sodann in der Frage der Wählbarkeit der Arbeitersekretäre. Dagegen ist in einem anderen Punkt ein Rückschritt zu verzeichnen, in der Ausschließung auch nun der technischen Angestellten aus den Arbeitsämtern. Was den Aufbau der Arbeitsämtern anbelangt, so ist die Regierung entgegen dem Wunsche eines großen Teils der Arbeiterschaft auf ihrem Standpunkt geblieben, die Arbeitsämtern nicht auf territorialer, sondern auf sachlicher Grundlage aufzubauen. Die Begründung beruht sich darauf, daß auch die Arbeitgebergewerkschaften nach sachlichen, nicht nach territorialen Gesichtspunkten gegliedert sei.

Die Stellung der Staats- und Eisenbahnarbeiter hatte bei der Beratung der Vorlage von 1910 einen besonderen Gegenstand des Streits gebildet. Hier hatte sich die Regierung besonders nachgiebig gezeigt und namentlich jede Unterstellung der Eisenbahnarbeiter unter die Arbeitsämtern für unannehmbar erklärt. Die Begründung des neuen Entwurfs zeigt, daß ihr ein Abgehen von diesem Standpunkt nicht ganz leicht geworden ist. Doch gibt die Begründung zu, daß es nicht haltbar sei, zwischen technisch völlig gleichartigen Betrieben nach dem Gesichtspunkt eine Scheidlinie zu ziehen, ob bei ihnen die Absicht der Gewinnerzielung vorliegt oder nicht. Unterstelle man aber hiervon ausgehend die Arbeiter staatlicher und kommunaler Betriebe den Arbeitsämtern, so wolle die Regierung die Eisenbahnarbeiter „auch nicht scheinbar“ schlechter stellen. Deshalb habe sie ihre sehr ernstlichen Bedenken in diesem Punkt zurückgestellt. Auch die im früheren Entwurf enthaltene Ausnahme für die Betriebe des Seeres- und Marinewerftwesens ist fallen gelassen worden.

Es wird allerdings ernsthaft zu prüfen sein, ob diese in § 6 des Entwurfs enthaltenen Zugeständnisse nicht teilweise durch den § 13 wieder aufgehoben werden. Dieser bestimmt, daß bei den Verkehrsanstalten des Reichs und der Bundesstaaten durch Beschluß des Bundesrats Arbeiterausschüsse zu Arbeitsämtern erklärt werden können, wenn sie gewissen Mindestforderungen entsprechen.

Die Stellung der Angestellten zu den Arbeitsämtern ist immer umstritten gewesen. Der frühere Gesetzentwurf sah für die technischen Angestellten (Techniker, Werkmeister usw.) besondere Abteilungen innerhalb der Arbeitsämtern vor, während für die kaufmännischen Angestellten und ihre Arbeitgeber besondere Kaufmannskammern errichtet werden sollten. Jetzt werden auch die technischen Angestellten aus den Arbeitsämtern herausgenommen, für beide Kategorien der Angestellten (kaufmännische und technische) sowie für ihre Arbeitgeber sind besondere Angestelltenkammern vorgesehen.

Damit wird die durch das Versicherungsrecht für Angestellte begonnene künstliche Klassencheidung zwischen Arbeitern und Angestellten fortgesetzt. Wir fürchten, daß die Regierung mit dieser Lösung es keinem Teil recht macht. Die technischen Angestellten waren mit der Lösung des ersten Entwurfs (besondere Angestelltenabteilungen innerhalb der Arbeitsämtern) durchaus zufrieden, etwas Ächtliches erstrebten für sich die fortgeschrittenen Elemente der Handlungsgewerkschaft, während das rückständige Groß- und Kaufmännische Angestelltenverbände Kaufmannskammern wünschten und gegen die Zusammenlegung der Handlungsgewerkschaft mit den Technikern ebenso viel einzuwenden haben wird wie gegen die Zusammenlegung mit den Arbeitern. Die Arbeitgeber schließlich werden als überflüssige Belastung empfinden, daß sie ziemlich dieselben Vertreter in zwei Körperschaften (Arbeitsämtern und Angestelltenkammern) statt in einer einleihen sollen.

Wichtige Zugeständnisse bringt der Regierungsentwurf hinsichtlich des aktiven und passiven Wahlrechts zu den Kammern. So die Herabsetzung der Altersgrenze für das aktive Wahlrecht auf 21, für das passive Wahlrecht auf 25 Jahre. Das wichtigste aber ist die nunmehr zugelassene Wählbarkeit der Berufsvereinsbeamten, der Gewerkschaftsekretäre und Unternehmerjuridici. Die Erfahrungen, die auf Grund des Zusammenarbeitens im Kriege mit diesen Beamten gemacht worden sind, haben, wie die Begründung darlegt, die Regierung zur besseren Einsicht bekehrt.

Die Erfahrungen des Krieges spielen überhaupt in der Begründung des Entwurfs eine wichtige Rolle. Die in verschiedenen Gewerbezweigen entstandenen freien Arbeitsgemeinschaften haben der Regierung die innere Berechtigung des Arbeitsamtergedankens dargeboten. Und wenn sich im Kriege der Mangel einer öffentlichen Vertretung der Arbeiterschaft nicht allzustark fühlbar gemacht hat, so führt das die Begründung des Entwurfs darauf zurück, daß sich wenigstens einer der wichtigsten Richtungen der Arbeiterschaft unter dem Druck der Zeit zu bürgerlichem Zusammenarbeiten bereit fanden. So kann man sagen, daß die positive und tatkräftige Arbeit der Gewerkschaften während des Krieges einer der wichtigsten Hebel des sozialpolitischen Fortschritts gewesen ist. Auch hier zeigt sich, daß die Politik der Gewerkschaften allenthalben ihre Früchte zu tragen beginnt.

Der Arbeitsamtergesetzentwurf befriedigt zwar nicht alle Wünsche der Arbeiterschaft, aber er stellt zweifellos einen Fortschritt dar, namentlich in Verbindung mit der Aufhebung des § 153. Eine Mehrheit für beide Vorlagen im Reichstag erscheint gesichert. Hoffentlich gelingt es noch, das Arbeitsamtergesetz in einigen Punkten zu verbessern. Die Arbeiterschaft wird der sozialpolitischen Neuorientierung ihre positive Mitarbeit jedenfalls nicht versagen.

## Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 26. April.

### Für einen baldigen Verständigungsfrieden.

### Gegen Verbrauchs- und Verkehrssteuern.

Die Lübecker Bürgerschaft wird sich in ihrer nächsten Versammlung mit folgendem von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Antrag zu beschäftigen haben:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, durch seinen Vertreter im Bundesrat dafür einzutreten:

1. daß zwischen den kriegsführenden Mächten ein baldiger Friede der Verständigung und der dauernden Verständigung, der jede erzwungene Gebietsveränderung und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigung ausschließt, zustande kommt;

2. daß die durch den Krieg hervorgerufenen Ausgaben des Reiches nicht durch Verbrauchs- und Verkehrssteuern, sondern durch starke Heranziehung der leistungsfähigen Kreise der Bevölkerung gedeckt werden.

Da in der gleichen Bürgerschaftssitzung auch der von uns kürzlich veröffentlichte Antrag der Erwerbspolitiker zur Debatte steht, dürften die Verhandlungen sich sehr interessant gestalten.

Ein Klage über die Vernachlässigung der weiblichen Jugend wird in der letzten Nummer der „Lübecker Blätter“, dem Organ der Gesellschaft zur Förderung gemeinnütziger Zwecke, angeführt. Die Verfasserin des Artikels, nach der Angabe der Redaktion eine mehr als achtzigjährige Dame, ent-

# Der amtliche Kriegsbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 26. April. (Amtlich.)  
Militär Kriegspropaganda.

Der Angriff der Armeen des Generals Sigt v. Usmia gegen den Kemmel führte zum vollen Erfolg. Der Kemmel, die weit in die flandrische Ebene hineinreichende Höhe, ist in unserem Besitz.

Nach starker artilleristischer Feuerwirkung brach die Infanterie der Generale Sieger von Eberhardt gestern morgen im Sturm vor. Französische Divisionen im Rahmen englischer Truppen mit der Verteidigung des Kemmel betraut, und die bei Wytschaete und Dranoutre aufstehenden Engländer wurden aus ihren Stellungen geworfen. Die großen Sprengtrichter von St. Eloi und der Ort selbst wurden genommen. Die zahlreich im Kampfgebiet gelegenen Betonhäuser und ausgebauten Geflüge wurden erobert. Preussische und bayerische Truppen erstickten Dorf und Berg Kemmel. Unter dem Schutz der trotz schwierigen Geländes herbeieilenden Artillerie stieß die Infanterie an vielen Stellen bis zum Kemmelbach vor. Wir nahmen Dranoutre und die Höhen nordwestlich von Bloeghelhoek. Schlachtgeschwader griffen die mit Fahrzeugen und Kolonnen stark besetzten rückwärtigen Straßen des Feindes mit großem Erfolg an. Als Beute des gestrigen Kampftages sind bisher mehr als 6500 Gefangene, in der Mehrzahl Franzosen, und unter den Gefangenen ein englischer und ein französischer Regimentskommandeur, gemeldet.

Südlich von der Somme konnte Villers-Bretonneux, in das wir eingedrungen waren, vor feindlichen Gegenangriffen nicht gehalten werden. Weitere starke Gegenangriffe scheiterten hart östlich vom Dorfe und in dem dem Feinde entzogenen Doel und Wald Hangard. Die Gefangenenzahl in diesem Kampfschnitt hat sich auf 2400 erhöht.

Zwischen Aves und Dize anger zeitweise auflebendem Feuer nichts von Bedeutung.

Auf dem Westufer der Mosel stärksten lässliche Kompagnien französische Gräben und drangen in Rigniesville ein. Nach Erfüllung ihrer Aufgabe zogen sie mit Gefangenen in ihre Linien zurück.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.  
Ludendorff.

deckt diese Vernachlässigung allerdings nur in den Kreisen, die ihr jedenfalls sozial am fernsten stehen und am wenigsten beunruhigt sind, nämlich bei den Kindern, welche die Volks- und Mittelschulen besuchen. In ihrer Phantasie führen gerade diese ein freies, ungebundenes Leben und die elterliche Autorität verachtet sie ihnen ganz. Doch hören wir, wie das in dem Artikel angedeutet wird:

„Unsere männliche Jugend steht von klein auf in einer straffen Erziehung. ... Welch freies, ungebundenes Leben führen dagegen die Mädchen, namentlich der Mittel- und Volksschulen. ... In die Schule erhebt, wo noch auf gewisse Zucht und Ordnung gehalten wurde, dann fühlen sie sich frei wie der Vogel in der Luft. Elterliche Autorität, die in vielen Fällen fehlt, verläßt bald ganz. Diejenigen, die ein Dienstverhältnis eingehen, meist des Lohnes halber, machen wohl ihre Rechte geltend, aber von ihren Pflichten wollen sie nichts wissen, sie sind jeglicher Disziplin unzugänglich. Das erste Ziel ist die Ehe, und die untüchtige Frau und Mutter ist damit leider in vielen Fällen das Fundament einer lockeren Wirtschaft und verwahrloster Kinder. ... In den gebildeten Kreisen werden die Mädchen gern ein Jahr in das Pensionat geschickt, welches mit einer sogenannten Frauenschule verbunden ist, und dort wird dann durch Ausübung in allen häuslichen Fächern der Grund gelegt zu künftiger Tüchtigkeit in der Ehe. Die Volks- und Mittelschulkinder aber verwahrlöset nach der Schule und geben Anlaß zu Klagen, wie solche von Einschüpten in jehiger Zeit mit Recht erhoben werden. ... Unsere männliche Jugend kehrt aus dem Schützengraben heim als ernste Männer, indessen hier dabeim unsere weibliche Jugend zum größten Teil in einen erschreckend verwahrlosten Zustand geraten ist. Nur zwei Beispiele: Zwei junge Mädchen kommen aus einer Fabrik und müssen den Zug abwarten, der sie nach L. bringt. Inzwischen lassen sie sich auf dem Bahnsteig einen Grog und Zigaretten geben! Das Geld haben sie ja, warum nicht ausgeben! Unter „Mitwissen der Eltern und deren Begünstigung“ kommt es jetzt nicht selten vor, daß Dienstmädchen heimlich ihren Dienst verlassen, weil sie sich in die Hausordnung nicht finden wollen oder aus einem sonst ganz nichtigen Grund. Die Rechte der Herrschaften den Diensthöfen gegenüber sind so gering, daß diese lieber von jeder weiteren Verfolgung Abstand nimmt, als sich noch mehr Unannehmlichkeiten auszuweisen.“

Daß der Krieg auch in der Heimat die wenigsten Menschen veredelt, ist eine Tatsache, über welche nicht mehr zu streiten ist. Wer beachtet die Gesetze und Verordnungen noch? In vielen Familien liegt die Sache aus, daß der Mann zum Heeresdienst eingezogen ist, die Frau auf Arbeit geht und die Kinder, sofern sie nicht auch eine Lohnarbeit verrichten, ohne Aufsicht sind. Zweifelslos leidet unter solchen Zuständen die Erziehung der Jugend. Das berechtigt aber noch lange nicht zu der allgemein gehaltenen Behauptung, daß die Volks- und Mittelschulkinder verwahrloset. Wenn solche Fälle vorliegen, so haben sie meistens in besonderen Verhältnissen ihre Ursache. Auch die weiblichen Zöglinge höherer Schulen wandeln nicht immer auf dem Pfade der Zucht und Tugend, und die Fälle, in denen Pensionatstöglinge der „gebildeten Kreise“ über die Stränge schlagen, sind verhältnismäßig gewiß nicht seltener als die der Verwahrlosung von ehemaligen Volks- und Mittelschülerinnen. So müdet das Klagen der Aufzöglingenden einigermaßen pharisäerhaft an. Und die Kinder der Minderbemittelten, denen vielfach eine recht freundlose Jugend zuteil wird, würden ihr angeblich freies und ungebundenes Leben wohl gern mit dem der Angehörigen der Wohlhabenden, „Gebildeten“, tauschen. Unschwer hat es der alten Dame aber am meisten mißfallen, daß auch die Diensthöfen Rechte verlangen, daß sie nicht heimliche Leibeigene ihrer Herrschaften sein wollen, wie das in der „guten alten Zeit“ der Fall war. Demals trugen die Mädchen besondere Diensthöfen, hatten eine unbegrenzte Arbeitszeit bei niedrigem Lohn und waren auf jede Weise längere Zeit an ihre Stelle gefesselt. Daß hierin allmählich eine kleine Veränderung eingetreten ist, schmerzt begreiflicherweise hauptsächlich Leute, die noch selbst das verlorene Paradies kennen gelernt haben und jetzt, wie der selbige Meister Anton, die Welt nicht mehr verstehen, in der sogar Fabrikmädchen — man denke! — Zigaretten rollen und Grog trinken, was sonst nur besser Situierte tun. Die Verfasserin des Artikels der „L. Bl.“ tritt für häusliche Erziehung in den Fortbildungsschulen ein und fordert, daß die Mädchen außerdem in

den häuslichen Betrieben der Kränthäuser, Kinderheime, Waschanstalten usw. praktisch unterwiesen werden. Das sind Vorschläge, die ganz sicherlich diskutabel sind, die aber zu ihrer Begründung ganz gewiß nicht einer allgemeinen Herabsetzung der Volks- und Mittelschulbildung bedürfen.

Der Frühling ist jetzt mit warmem Sonnenschein bei uns eingezogen und zieht der Welt ihr schönstes grünes Kleid an. Wälder und Sträucher schmücken sich mit jungem Laub und schneeige Wälder reihen neugierig ihr Köpfchen hervor. Die prächtigen Anlagen unserer Stadt, die Wälder und die Wälder unserer schönen Umgebung bieten jetzt ein wunderbares, reizvolles Bild, zu welchem die geliederte Sängerschaft ihre liebliche Lust aus voller Kehle erklingen läßt.

Witwen und Waisen müssen die meisten Menschen, wenn sie die Zeit dazu haben, jetzt ihren Ausflug ins Freie unternehmen. Niemand hat aber nötig, seine Phantasie mit alkoholischem Geträubel anzufeuern, die Wirklichkeit stellt sich auch bei völliger Nüchternheit so eindrucksvoll dar, daß es keines Drängens mehr bedarf, sie auf sich einreden zu lassen. Und was sie uns erzählt, sticht das Verlangen nach Frieden, der die Verödung von der „Aurora“ heute wieder entporen soll, auf die sie infolge des Krieges hinabgedrängt worden ist. Von Kultur wird erst dann wieder die Rede sein können, wenn nicht jede freie Stunde der atomlosen Jagd nach Nahrungsmitteln geopfert werden braucht. Mit Raubtierblicken sehen wir uns auf einander, als daß die Luft am (Guten und Schönen atmen könnte wie in Friedenszeiten. Darum die Blicke einmal abgewandt vom lieben oder weniger lieben Nächsten und hinausgehauert in die blaue Ferne, in den dunklen Frühling, der unsere Hoffnungen stützt, das Lebensgefühl erhebt und uns unempfindlich macht gegen das fröstelnde Nuzklima.

Stiefkinder und Familienunterstützung. Halbamtlich wird mitgeteilt: Die Reichsfinanzverwaltung hat sich damit einverstanden erklärt, daß den Kriegswaisen ein Kriegswaisengeld bezahlungen in Höhe von 100 Mark monatlich zur Abwendung einer Notlage neben dem Waisengeld auch die Familienunterstützung gezahlt wird, wenn der Stiefvater zum Heeresdienst eingezogen ist. Voraussetzung ist, daß der Stiefvater für die Kinder erster Ehe seiner Frau vor seiner Einberufung zum Heeresdienst aus eigenen Mitteln ausreißend georgt hat.“

Neue Grundzüge in den Gasthäusern. Der Staatskommissar für Volksernährung hat jetzt eingehende Vorschriften für die Versorgung der Gaststätten erlassen. Den Richtlinien ist zu entnehmen: Die Versorgung der Gaststätten geschieht im Rahmen des allgemeinen Bedarfsanteils der Kommunalverbände. Sonderzuweisungen von den Reichsstellen sind nicht zu erwarten. Die Versorgung richtet sich nach der Belegungsziffer der Speisewirtschaften unter Einforderung der von den Gaststätten abzugebenden Marken. Soweit möglich, ist dabei ein Zuschlag zu gewähren, der der zur gewerbmäßigen Herstellung ordentlicher Zubereitungen und angemessenen Auspeisungen erforderlichen Nährmenge entspricht. Für Verlust und Schwund bei der Fleischversorgung kann ein Zuschlag von 10 vom Hundert bewilligt werden. Dichtungsmittel für Speisen sind in ausreichender Menge zu gewähren. Diejenigen rationierten Lebensmittel, die die Gaststätten zur Speisenzubereitung benötigen, für die aber von den Gästen Marken nicht einzuziehen waren, sind ihnen regelmäßig in kontingentierten Rationen zuzuwenden. Das gilt namentlich von Speisefetten, Magermilch usw. Bei etwaigen Verteilungen von rationierten Lebensmitteln (Fisch, Fischwaren, Wild, Geflügel, Gemüse usw.) sind die Gaststätten grundsätzlich zu berücksichtigen und angemessen zu beliefern. Eine Fortsetzung der bisherigen rechtswidrigen Versorgung ist keinesfalls zu dulden. Die voraussichtlich in diesen Fällen trotz der verstärkten kommunalen Unterstützung eintretende Verminderung der Vorräte muß in Kauf genommen werden.“

Dieses, ferner die in Aussicht stehenden hohen Branntweinsteuern und der von der Bierbesteuerung erwartete, von oben vorgeschriebene Ausnahmepreis haben in Gastwirtsreisen eine starke Stimmung erzeugt, den Gastwirtsbetriebsbetrieb von Grund auf zu ändern. Während bisher der Betrieb der Gast- und Schankstätten in der Hauptsache auf den Genuß alkoholischer Getränke aufgebaut war, würden diese hohen Preise eine Einschränkung des Verbrauches und damit des Gewinns des Gastwirts ergeben. Daher herrscht Stimmung dafür, daß in Zukunft jeder Trinkgang in den Gastwirtsbetrieben vermieden werden soll. Es wird jedem Gaste völlig freigestellt, beliebig lange im Lokal zu verweilen, ohne auch nur das geringste zu bezahlen. Für den Ausfall, den die Wirte dadurch erleiden, soll von den Gästen eine Aufenthaltsgebühr von einem bestimmten Stundenatz erhoben werden. Diese Gebühr würde aber ganz oder teilweise auf etwa entnommene Getränke oder Speisen angerechnet werden. Verschiedene Gastwirtsverbände haben sich bereits mit dieser Frage befaßt.

Die Folgen kriegswirtschaftlicher Maßnahmen für Hypothekengläubiger. Kriegswirtschaftliche Maßnahmen verschiedener Art richten sich in ihrer Wirkung nicht allein gegen den unmittelbaren Betroffener, sondern greifen auch in Rechte Dritter, insbesondere der Hypothekengläubiger, ein. So kann die Sicherheit der Hypotheken in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn infolge seiner kriegswirtschaftlichen Maßnahmen, z. B. einer Zusammenlegung, ein auf dem Grundstück betriebenes Unternehmen eingestellt wird, wenn die zu dem stillgelegten Betriebe gehörenden Bestandteile oder Zubehörteile des Grundstücks, z. B. eingebaute Maschinen, entfernt oder wenn solche Bestandteile und Zubehörteile zu kriegswirtschaftlichen Zwecken beschlagnahmt werden. Die Hypothekengläubiger können unter Umständen diese Maßregel zum Anlaß nehmen, um ihre Forderungen fällig zu machen oder sonstige gegen den Eigentümer vorzugehen. Hier greift die Verordnung ein, die der Bundesrat am 11. April d. J. erlassen hat und die am 1. Mai in Kraft tritt. Sie gibt dem Grundstückseigentümer die Möglichkeit, den Schutz des Rechts anzurufen, das nach Prüfung der Verhältnisse und Abwägung der der einen oder anderen Partei drohenden Nachteile entscheidet. Andererseits wird die Lage der Hypothekengläubiger gestärkt, indem durch weitere Vorschriften ihre Rechte auf die Ansprüche ausgedehnt werden, die dem Grundstückseigentümer aus Anlaß der Stilllegung seines Betriebes oder aus dem Verkauf der zu dem eingestellten Betriebe gehörenden Bestandteile und Zubehörteile des Grundstücks erwachsen. Diese Ansprüche des Eigentümers haben also fortan den Hypothekengläubigern wie Forderungen und Versicherungsgelder. In entsprechender Weise ist auch die Einziehung der begehrenden Ansprüche geregelt, so daß ihr Schuldner ungefährdet an dem Eigentümer zahlen kann, solange die Forderung nicht bei ihm beschlagnahmt ist. Die zum Ausgleich der beiderseitigen Interessen getroffenen Vorschriften gelten nicht nur im Verhältnis des Grundstückseigentümers zu den Hypothekengläubigern, sondern auch zu den Gläubigern der Realoffenen Grundschulden und Rentenschulden. Die Begründung zu der Verordnung ist im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht.

Arbeitererfahrungen. Heute morgen gegen 8 1/2 Uhr ereignete sich auf der Dackbaumerkt Hender an der Herrenbrücke ein bedauerlicher Unglücksfall. Beim Hochziehen einer Platte neigte sich plötzlich der Ausleger zur Seite und der Dirk schlug um. Vier Arbeiter, welche darauf standen, sprangen ab. Ein Arbeiter stieß ins Wasser und kam mit dem Schrecken davon; ein anderer erlitt leichte Verletzungen. Leider trug ein dritter Arbeiter einen Schädelbruch und schwere innere Verletzungen davon; eine Arbeiterin erlitt neben einem Armbruch ebenfalls innere Verletzungen. Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß die Fangleitne, welche an dem Ausleger befestigt war, beim Reigen des Leitens riß. Unglückslicherweise ist auch das Seile noch so hoch gelegt, daß man beim Abpringen Hals und Arme brechen muß. Zwei Stunden dauerte es, bis der Sanitätswagen kam, küßt sich denn das nicht schneller bewerkstelligen?



**Hansa-Theater.** „Jung muß man sein“, Operette in drei Akten von Jean Gilbert. Regt von Leo Leipziger und Erich Urban. Fröh von Linderohse hat sein Referendarengemach gemacht. Wesentlich dabei hat ihm die Mächtige seiner Pensionsmutter Grete Weisner, ein junges frisches Ding, geholfen. Fröh hat die Grete herzlich lieb, doch sein Onkel Eibrecht stellt sich der Verbindung der beiden entgegen. Er veranlaßt seinen Neffen zunächst auf Reisen zu gehen, die Grete aber tröstet er dadurch, daß er ihr einen Modelalon einrichtet, in welchem er als Teilhaber eintritt. Während der Abwesenheit des Neffen verliebt sich der Onkel aber selbst in die Grete, und nach der Zurückkunft des Fröh verlobt er sich gar mit ihr. Fröh verbündet sich mit seinem Freunde Jonathan Luch um den Onkel einmal gehörig einzufahren, damit die Grete einsehen, daß dieser doch schon zu alt für sie ist. Der Onkel übersteht aber den Hummel erheblich besser als die beiden Jungen, entdeckt dabei jedoch, daß er eigentlich doch noch viel zu jung und zu schade zum Weiraten ist. Er teilt die Grete an den Fröh wieder ab, und so wendet sich alles zum Guten. — Dies ist der Inhalt. Hierzu die hübschen und gefälligen Melodien und Länze von Gilbert. Der „Schlaeger“ „Jung muß man sein, wenn man leben will“ wurde hübsch zur Wiederholung veranlaßt. Die Aufführung war flott und trugen in erster Linie dann die Damen Lieblich als Grete Weisner, Lotta Rogall als Modelalon und die Herren Direktor Baumgarten als von Linderohse, Ehrhardt als Fröh von Linderohse und Otto Threns als Jonathan Luch bei. Auch die übrigen kleineren Rollen waren angemessen besetzt. Die Reale hatte Herr Direktor Baumgarten selbst, während die musikalische Leitung in Händen des Herrn Kapellmeister Rudro lag, der seine Arbeit mit gewohnter Sicherheit wahrte. Die Vorstellung war gut besucht und der Beifall lebhaft und wohlverdient.

**Sanitätstheater.** Man schreibt uns: Die Winterzeit neigt sich ihrem Ende. „Jung muß man sein“ wird am Sonnabend, Sonntag und Montag wiederholt. Die Volksvorstellung zu kleinen Preisen wird am Sonntag Nachmittag „Drei alte Schachteln“ gegeben, dieselbe Operette gelangt am Dienstag, dem letzten Spieltag der Winterzeit zur Aufführung. Aus diesem Anlaß hat die Direktion dem gesammten darstellenden Personal einen Abschieds- und Ehrenabend bewilligt. Herr Carl Tralow, der beliebte Tenor des Carl-Schulze-Theaters in Hamburg, hat sich in liebenswürdiger Weise seiner Lübecker Kollegenchaft zur Verfügung gestellt und wird noch einmal den Klängen singen. Öffentlich wird das Publikum die sich bietende Gelegenheit, dem idyllischen Künstlerpersonal, welches ihm so viele schöne Stunden im Laufe der Winterzeit bereitet, durch zahlreiches Besuch seinen Dank abzutrotten, nicht entgehen lassen und das Sanitätstheater am Dienstag Abend bis auf den letzten Platz füllen.

**Stadttheater.** Am Dienstag, dem 30. April findet die letzte Vorstellung unter der Direktion Stanislaus Fuchs statt. Aus diesem Anlaß wird Direktor Fuchs noch einmal als Darsteller vor das Lübecker Publikum treten, um sich zu verabschieden. Zur Aufführung gelangt „Der zerbrochene Krug“ von Hebel und „Der einachtelbete Kranke“ von Moliere. Der Vortrag der Vorstellung ist für die Pensionskasse der Gewerkschaft deutscher Bühnengedienten bestimmt.

**Monatliche Hausfassungen des Roten Kreuzes.** Wir weisen auf die im Anzeigenteil befindliche Ankündigung der monatlichen Hausfassungen hin. Wir sind sehr überzeugt, daß die Sammler bei der hier in Lübeck so überaus segensreichen Tätigkeit des Roten Kreuzes offene Herzen und Hände bei allen Lemitteln Einwohnern unserer Stadt finden werden.

### Theater und Musik.

**Stadttheater.** Das Händchen der Herzogin, Oper in 2 Akten von Wilhelm Maufe. So gab es denn am Schluß der Spielzeit noch eine neue Operneuheit im Stadttheater! Mit Neugierde erwarten wir ja in diesem Winter nicht gerade vermehrt worden. Und dies „Händchen“ macht den Kohl auch nicht fett. Es ist auch nicht allzuviel dran. Sehr mager ist die Handlung. Eine Marquise aus der Hofgesellschaft findet großen Gefallen an dem Seidenhändchen „Janreluga“ einer Herzogin und verlangt von ihrem adeligen Indeter, daß er ihr diesen Adler um jeden Preis verschaffe. Das wird ihr auch verprochen, aber die Diener dieses Liebhabers kaufen ein anderes ähnliches Händchen, und als sich dieser Betrug herausstellt, gibt es zunächst eine etwas heikle Szene, die aber schließlich sich in allseitiges Wohlgefallen auflöst. In dieser harmlosen Humorgehichte hat der Münchener Musiker Wilhelm Meute die Musik geschrieben. Sie ist nicht sonderlich

originell und melodienreich, doch werden manche hübsche Klangwirkungen erzielt. So beim Vorspiel zum zweiten Akt. Ueberall hält Maufe auf guten Geschmack und mancherlei reizvolle Einzelheiten sind ihm gelungen. Alles in allem kein großer Wurf, aber doch eine respectable Talentprobe. Die Wiedergabe stellt die Künstler vor gar nicht leichte Aufgaben. Abgesehen von dem starken Koffettieren mit dem Kapellmeister haben die Damen Zimme (Marquise) Bradsky (Jofe) und Sajitz (Herzogin) sowie die Herren Rogall als Liebhaber, Kiesel und Ludwig (Diener) recht Gutes. Auch die Inszenierung war lobenswert. Die Vorstellung, die von Herrn Dr. Reisch liebevoll einstudiert und geleitet wurde, fand freundlichen Beifall. Es war ein Achtungserfolg.  
Sehr früh wirkte die darauf folgende „Schöne Galathée“.  
P. L.

### Gewerkschaftsbewegung.

**Gewerkschaftliche Annetionisten.** Das Blatt des christlichen Bauarbeiterverbandes hat sich völlig in das Fahrwasser der „Kölnischen Volkszeitung“ begeben. Es vertritt in seiner jüngsten Nummer („Baugewerkschaft“, 21. April 1918) die Auffassung, es könne „die bekannte Reichstagsresolution nicht mehr in Betracht kommen; auch alle übrigen Regierungserklärungen müssen fallen. Lediglich das deutsche Interesse muß noch maßgebend bleiben, gestützt auf den Erfolg der deutschen Waffen, gegründet auf den von uns zu bringenden Opfern. Wir müssen uns sichern gegen zukünftige Bedrohungen des Friedens an unseren Grenzen, wir müssen Sicherheit haben für die ungehörte Entwicklung unseres Wirtschaftslebens.“ Auch über die Kriegskosten will das Blatt „ein kräftiges Wort“ reden. Das brauche nicht auszuarten in einen „tollen (!) Annetionismus“ und in eine „absolute (!) Annebelung unserer heutigen Gegner“, sondern müsse „getragen sein von einer weitblickenden Politik, die den deutschen Interessen, aber auch dem Recht Rechnung trägt“. — Eine konfuse Sprache ist kaum denkbar. Annetionieren will das Blatt, nur nicht zu „toll“, knebeln auch, nur nicht „absolut“, dabei soll dem „Recht“ Rechnung getragen werden! Es will den künftigen Frieden sichern und bedenklich nicht, daß die Erfüllung seiner Forderungen die Grundlage für das nächste Völkermorden darstellen würde.

Der „Deutsche Metallarbeiter“, das Blatt des christlichen Metall- und Hüttenarbeiterverbandes, verlangt schon seit Jahresfrist die Annetion des französischen Erzeugnisses von Bries und Longwy, da die deutsche Metallindustrie der Erze dieses „alten deutschen Landes“, das nur infolge eines Irrtums der Geologen 1871 nicht mit annectiert worden sei, unbedingt bedürfe. Das Blatt kennt demnach bei Bedarf wichtiger Rohstoffe keinen anderen Weg als den der gewalttätigen Angliederung der entsprechenden Gebiete. Schöne Aussichten für unsere Gegner, da wir so nötig wie das tägliche Brot gebrauchen: Baumwolle, Kupfer, Petroleum, Gummi, Leder, Getreide usw. um. Wie denkt sich der „christliche“ Metallarbeiter, aber die weitere Verwertung der Rohstoffe, wenn die nach seinem Willen verzwergelten Nationen es ablehnen, die aus den Rohstoffen hergestellten Fertigfabrikate von uns zu kaufen? Es wird schon besser sein, insbesondere im Interesse der deutschen Arbeiter, daß die beiden Gewerkschaftsblätter bei ihrem Begehren in den Vordergrund stellen, auch künftig auf dem Boden friedlicher Handelsverträge zu bleiben.

### Soziales.

**Die lang arbeitsloser Tabakarbeiter.** Die Deutsche Zentrale für Kriegserlieferung in Minden hatte in einer Eingabe an den Reichskanzler den Vorschlag gemacht, die Unterstützung arbeitslos werdender Tabakarbeiter anders zu regeln, die Dribbelung aufzuheben und den Gemeinden fünf Sechstel der Unterstützungssumme zu vergüten. Das letzte Sechstel will die Zentrale ersehen. Zu diesem Zwecke hat die Zentrale vorläufig sechs Millionen Mark aus ihren reichen Mitteln zur Verfügung gestellt. Vom Reichskanzler ist bereits eine Antwort eingelaufen. Die Antwort ist aber eine Enttäuschung für die Tabakarbeiter und sicher auch für die Zentrale. Der Reichskanzler begrüßt den Beschluß der Zentrale freudig. Die Bundesstaaten sind ersucht worden, den in Betracht kommenden Gemeinden und Gemeindeverbänden Kenntnis von dem Beschluß zu geben und nachdrücklich auf das Zustandekommen von Erwerbslosenfürsorgeeinrichtungen hinzuwirken. Der Reichskanzler hält es

aber nicht für angängig, die von der Zentrale vorgeschlagene Erweiterung der Unterstützung, wie sie für die Tabakarbeiter aus besonderen Gründen besteht, auf die Tabakarbeiter auszuweiten. Für die Tabakarbeiter seien die Bestimmungen des Bundesrats vom 15. Dezember 1914 und 13. April 1916 ausreißend. Dagegen hält der Reichskanzler die Vorschläge der Zentrale zur Durchführung der Erwerbslosenfürsorge für durchaus unpassend. Nach diesem Bescheid soll es also bei dem Zustand der Gemeinden von einem Drittel der bezahlten Unterstützung bleiben. Die Zentrale wird den Gemeinden aber ein Sechstel ersehen, sodas praktisch genommen durch den Zuschuß der Zentrale die Gemeinden wie bei den Textilarbeitern auch nur ein Sechstel auszubringen haben. Die Mindener Zentrale hat sich nun mit den Bundesstaaten in Verbindung gesetzt und hofft, daß es auf diesem Wege gelingen wird, eine brauchbare Erwerbslosenfürsorge für die arbeitslosen Tabakarbeiter in allen Gemeinden zu schaffen. Es müßten ja auch rückständige Gemeinden sein, die bei einem so geringen Zuschuß von nur einem Sechstel ihre bedürftigen Gemeindeglieder ohne Unterstützung stehen. So wie jetzt die meisten Gemeinden die Unterstützungszahlung handhaben, steht zu befürchten, daß die Zentrale ihre bewilligten 6 Millionen gar nicht los wird, auch wenn zum Herbst die ganze Tabakindustrie infolge Tabakmangels stillgelegt werden müßte.

### Neueste Nachrichten.

**Die erste amerikanische Verlustliste.**  
Bern, 25. April. Die französischen Zeitungen veröffentlichen die von General Berthing herausgegebene erste Verlustliste der amerikanischen Truppen. Die Zahlen dieser Liste, die nur bis zum 1. April reicht, sind nicht uninteressant. Es werden aufgeführt als gefallen in der Schlacht 182, durch Unglücksfall getötet 163, an Krankheiten gestorben 785, verloren auf See 237, getötet durch Gas, Selbstmord oder Hinrichtung 37, im ganzen Todesfälle 1461. Dazu kommen 780 Verwundete, 22 Gefangene und 41 Vermißte. In dieser amtlichen Liste ist namentlich die hohe Zahl der Verluste auf See auffallend. Bis jetzt hieß es, daß bei dem Transport über den Atlantik kein amerikanischer Soldat umgekommen sei.

### Literarisches.

**Stuttgarter Relieffarten der Kriegshauptläge, Nr. 7: Der Kanal vor Cherbourg bis zur Scheldemündung mit Südost-England und Nordfrankreich.** Nr. 10: Flandern, Calais, Ostende, Ypern und Umgebung. Preis jeder Karte 25 Hg. Stuttgart, Franckische Verlagsbuchhandlung.  
Das Kampfgelände bei Ypern und Calais steht aufs neue im Vordergrund des Interesses. Engländer und die Reste der belgischen Armee werden von unseren Truppen dort immer mehr in die Enge getrieben und schon ziehen englische Staatsmänner die Klammung von Düinkerken, Calais und damit des ganzen Restes von Belgien und Nordfrankreich in Erwägung und sprechen von der Fortführung des Krieges zur See. Zur Orientierung in der Gegend der jetzigen und noch folgenden Kämpfe in Flandern, Nordfrankreich und am Kanal möchten wir auf zwei uns vorliegende Karten hinweisen, und zwar als Uebersichtskarte der ganzen Kampfgelände Blatt 7 (Kanal mit Südost-England und Nordfrankreich) und dann zur eingehenderen Orientierung der Gegend Blatt 10 (Flandern mit Calais, Ostende, Ypern, Lille) der bekannten Stuttgarter Relieffarten, herausgegeben von der Franckischen Verlagsbuchhandlung in Stuttgart. Anschaulich durch die Reliefformen, übersichtlich und klar in der Anlage und Ausführung sind diese Karten wirklich vollkommene Hilfsmittel zur Verfolgung der kriegerischen Ereignisse. Sie bilden eine Ergänzung der Tagesberichte und sind für jeden Zeitungsleser fast unentbehrlich. Der billige Preis von 25 Hg. ermöglicht den Erwerb jedermann.  
Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwart. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Monatliche Hausfassungen des Roten Kreuzes.

Die Sammlung für Monat April findet in diesen Tagen statt. Die Sammler dürfen nur bei Vorlegung ihres vom Polizeiamt gestempelten Ausweises Gaben in Empfang nehmen.

**Der Ortsdienst der Lüb. Sanitätskolonnen.**

## Allgemeine Ortstrantantasse in Lübeck.

Nach Ablauf der 4jährigen Amtszeit des Vorstandes Boritzgenbau und des Schriftführers sowie deren Stellvertreter hat der Kassenvorstand in seiner Sitzung vom 19. 4. 1918 auf übereinstimmenden Beschluß beider Gruppen zum Vorstehenden des Vorstandes (1918) **Buchhalter Johann Körner** gewählt.  
Des weiteren wurden mit Einstimmigkeit gewählt bezw. wiedergewählt

**Malermeister Ferdinand Scheithor** zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden,  
**Schiffmeister Adolf Stedel** zum Schriftführer,  
**Schiffmeister Wilhelm Neumann** zum stellvertretenden Schriftführer.  
Lübeck, den 24. April 1918.  
Der Vorstand.

Am 25. April entschlief sanft mein lieber Mann, unser guter Vater, Groß- und Schwagerpater, der Pignarrenerbauer **Heinr. Möller** im 58. Lebensjahre.  
In tiefer Trauer (2040) **Auguste Möller geb. Fischer.**  
Lübeck, den 26. April 1918.  
Gartengrube 34, I.  
Die Trauerfeier findet am Dienstag um 2 Uhr in der Vorwerker Friedhofskapelle statt.

**Zeitschriften aller Art.**  
Beckhig, Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 42.

**W. Olbrich und Kinder.**  
Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Entschlafenen, sagen wir allen Verwandten und Bekannten für die herzliche Teilnahme und überreichen Kranzspenden unsern tiefgefühlten Dank.

## Danksagung.

Allen denen, die unserm lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere Herrn Hauptpastor Sütleken für seine trefflichen Worte am Grabe sowie den Herren Lehrern und seinen Mitschülern der 3. Klasse der 4. St.-Lorenz-Knabenkirche unsern herzlichsten Dank. (2029)

**N. Olbon u. Frau** nebst Geschwistern.

## Leder.

sohle HANSA mit Zäpfen vollwertiger Ersatz der Kernlederjohle.  
Verkaufsstellen:  
Nackendurger Allee 48.  
Reiterstraße 29.  
Reiferstraße 3.  
Schlumacherstraße 6.  
2060

## J. H. Pein

Am Markt 12.  
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erstklassige  
:: Manufakturwaren ::  
Spezialhaus für Betten  
Bettfedern u. Daunon  
Herren- und Knaben-  
Garderob. Arbeiter-  
und Berufs-Kleidung.

Sofa, Stühle, Sofatisch, echtes Berlin, Spiegel m. Stufe, zwei gleiche Bettstellen mit Matr., Kleiderstanz, Waschkommode zu verkaufen. (2041) **Thiessen, Nackendurger Allee 2, I.**

## Deutscher Metallarbeiterverband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Die Auszahlung der Krankenunterstützung findet bis auf weiteres **Freitags und Sonnabends vorm. von 9—11 Uhr** statt.  
Die Ortsverwaltung.  
2039

## Metropol.

Erstaufführung für Lübeck.  
Die Marlitt im Film:  
**Die zweite Frau**  
nach dem berühmten Roman von E. Marlitt, 5 Akte.  
Sauptrolle: Eva Speler.  
**Ein scharfer Schuss.**  
Großes Detektiv-Drama in 4 Akten.  
Ein Phantomesfilm.  
**Im Reiche der Flammen.**  
Großes Drama aus der Gegenwart in 4 Akten.  
Sauptrolle: Ellen Richter. (2087)

## HANSA-THEATER.

Sonnabend, den 27. April 1918, abends 7 1/2 Uhr:  
**Jung muss man sein!**  
Sonntag, den 28. April, abends 7 1/2 Uhr:  
**Jung muss man sein!**  
Nachmittags 3 Uhr: Volksvorstellung. Kleine Preise.  
**Drei alte Schachteln.**  
Montag, den 29. April, abends 7 1/2 Uhr:  
Zum letzten Male:  
**Jung muss man sein!**  
Dienstag, den 30. April, abends 7 1/2 Uhr:  
Letzte Vorstellung der Winterzeit. (2032)  
Abschieds- u. Ehrenabend f. d. gesamte darstellende Personal  
Letztes Gastspiel **Drei alte Schachteln.** Hans Kl. Kerthing  
Carl Tralow. Carl Tralow a. G.

## Hansa-Theater.

Heute abend 7 1/2 Uhr: (2033)  
**Jung muss man sein!**

## Stadttheater.

Freitag, den 26. April 1918:  
**Schauspielgemeinde.**  
Abschiedsvorstellung für **Ferdinand Steinhof** und **Irmgard Bern:**

## Gyges und sein Ring.

(Gelbe Karten.)  
Sonnabend, d. 27. April 1918:  
Abschiedsvorstellung für **Margarethe Bergau:**

## Carmen.

Anfang der Vorstellungen  
8 Uhr.

Sonntag, den 28. April 1918:  
Nachmittags 3 Uhr:

## Die Csardasfürstin.

Abends 7 Uhr:  
Abschiedsvorstellung für **Edith Sajitz,**  
Gastspiel von **Carl Günther** vom Stadttheater Hamburg u. **Erich Thiess** vom Stadttheater Düsseldorf:

## Lohengrin.

Sämtliche vorbestellten Karten müssen bis Sonntag Mittag 2 Uhr von der Theaterkasse abgeholt sein.



### Ein annexionistischer Vorstoß im Preussischen Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Mittwoch den Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung. Die Generaldebatte gestaltete sich zu einem Vorstoß der Annexionisten. Anlaß dazu gab ein konservativer Antrag, der die Regierung ersucht, dahin zu wirken, daß das Kriegsjorge- und Rentenwesen mit Hilfe einer unseren Feinden aufzuerlegenden Kriegsentlastung auf eine neue den veränderten Zeit- und Wirtschaftsverhältnissen entsprechende Grundlage gestellt werde, da nicht nur den Kriegsbeteiligten, sondern auch den Kriegern, die durch die Einwirkungen des Krieges wirtschaftlich geschädigt sind, durch einmalige oder laufende Zuwendungen die Möglichkeit wirtschaftlichen Fortkommens gewährt, daß insbesondere der Erwerb von Siedlungsland und die Gründung eigener Ackerbauunternehmungen den zurückkehrenden Kriegern zunächst erleichtert und daß für alle derartigen Zwecke auch in den östlichen Randstaaten geeignetes ausreichendes Siedlungsland erworben werde. Es unterliegt, wie das aus der Debatte hervorging, keinem Zweifel, daß dieser Antrag ein Gegenantrag gegen die bekannte Friedensresolution des Reichstags sein soll.

Die Sozialdemokraten erkannten die Notwendigkeit einer Neuregelung des Kriegsjorge- und Rentenwesens an, sie beantragten aber, daß die Mittel hierfür nicht durch eine Kriegsentlastung aufgebracht werden, sondern daß die landlichen Erzeuger und die Bearbeiter von Lebensmitteln sowie die Lebensmittelhändler selbst die Mittel dazu leisten und ferner, daß für Siedlungslandbesitzer nicht die östlichen Randstaaten erworben werden sollen, sondern daß zu diesem Zwecke Domänen aufgeteilt, größere Güter zur Aufteilung enteignet und Moor- und Oedlandbereichen kultiviert werden sollen. Von den Fortschrittler war gleichfalls beantragt, die Worte „mit Hilfe unserer Feinde aufzuerlegenden Kriegsentlastung“ zu streichen und dafür zu setzen: „In Erfüllung einer Ehrenpflicht, für welche unter allen Umständen ausreichende Mittel zu beschaffen sind.“

Bei der Zusammenfassung des Hauses unterliegt es keinem Zweifel, daß das Resultat die Annahme des konservativen Antrags sein wird. Daß eine solche Willensmeinung nicht der Meinung des preussischen Volkes entspricht, bedarf keines Beweises.

Weiter stand mit zur Debatte ein konservativer Antrag, der die Regierung auffordert, gesetzgeberische Maßnahmen in die Wege zu leiten, durch welche im Interesse der landwirtschaftlichen Arbeiter

- 1. für das Rechtsverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine den heutigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen entsprechende einheitliche Rechtsgrundlage geschaffen wird, und
- 2. eine Vertretung des landwirtschaftlichen Arbeiterstandes in den Landwirtschaftskammern herbeigeführt wird.

Für den ersten Teil dieses Antrages sprach sich auch Genosse Braun aus, der in ausführlicher Weise die Forderungen der Landarbeiter betonte und gegenüber dem Verlangen der Agrarier auf weitere Zollerhöhungen nach dem Kriege schlagend nachwies, daß die ganze Schutzpolitik nicht die Wirkung gehabt hat, die inländische Produktion so zu steigern, daß sie den Konsum völlig deckt. Aber das sei ja auch gar nicht ihr wahrer Zweck gewesen, sondern ihr Zweck sei die Hochhaltung und Steigerung der Lebensmittelpreise gewesen. Die konservativen Redner versuchten diese Darlegungen unseres Genossen nicht zu entkräften, sie setzten sich mit einigen Nebenarten über die angebliche Unkenntnis der Sozialdemokratie über Agrarfragen darüber hinweg.

Ein fortschrittlicher Antrag endlich fordert die Regierung auf, im Bundesrat dahin zu wirken, daß den Landarbeitern das volle Kooperationsrecht durch Reichsgesetz geregelt wird und 2. einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen den kleineren Grundbesitzern und den Landarbeitern in den Landwirtschaftskammern eine Vertretung eingeräumt wird, die ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entspricht.

### Fragen der Kriegsführung im Haushaltsauschuß.

Beim Beginn der Sitzung am Mittwoch widmete Kriegsminister v. Stein dem gestrigen Mittwochsbericht einen Nachruf. Dann legte er dagegen Verwahrung ein, daß er dem Auschuß gegenüber mit Mittelungen zurückhalte. Er könne aber nicht Dinge mitteilen, die Geheimnis der Obersten Exekution wären. Die Zahl der im Westen befindlichen Amerikaner sei nicht

bekannt, ihre Zahl könne aber auf keinen Fall von Bedeutung sein. Der Kriegsminister schließt daran eine Reihe vertraulicher Mitteilungen. — General v. Wisberg bespricht dann gleichfalls vertraulich die Zahl der deutschen Verluste. Ueber die Stärke der deutschen Truppen in Finnland könne eine Auskunft nicht erteilt werden. Das Ziel sei die Zurückdrängung der von Rußland unterstützten Roten Garde. — Ein Vertreter des Kriegsministeriums hielt einen längeren Vortrag über die Artillerie; auch diese Darlegungen waren vertraulich. — Generalarzt Schulken bespricht dann den Gesundheitszustand der Armee, der als gut zu bezeichnen sei. Die Krankenziffer sei durchaus günstig. Allerdings liegen die Verhältnisse auf den einzelnen Kriegsschauplätzen verschieden. Eine Folge unserer hygienischen Maßnahmen sei es, daß die Zahl der Kranken gegen die erste Zeit des Krieges um ein Drittel abgenommen habe. Insbesondere seien Krankheiten der Atmungsorgane, der Verdauungsorgane, des Nervensystems und Geschlechtsleiden zurückgegangen. Dagegen ist die Zahl der Nierenkrankheiten gestiegen. Die Zahl der Geschlechtskrankheiten steht im Felde unter, in der Heimat etwas über dem Durchschnitt des Friedensstandes. Anstehende Krankheiten machten in den ersten drei Kriegsjahren nur 8,8 Proz. aller Fälle aus. Im Südosten machen uns Ruhr und Malaria viel zu schaffen. An Fleckfieber sind gestorben 1915: 80, 1916: 310 und 1917: 960 Mann. Die Zahl der Erkrankungen an Tuberkulose ist in der Öffentlichkeit erheblich übertrieben worden. Die Gasenkrankheiten sind im allgemeinen nicht von bauernd nachträglichen Folgen begleitet, wenn sich auch die Heilung mitunter lange hinauszieht. Von den in den Lazaretten behandelten Mannschaften sind 90 Proz. als diensttauglich, davon 70 Proz. als felddiensttauglich entlassen worden. Die Todesfälle in den Lazaretten betragen 1-1,2 Proz. Bis jetzt wurden 629 000 Mann als dauernd untauglich entlassen. Davon sind 70 000 verkrüppelt. Blinde sind 1950 Mann vorhanden. Die Zahl der Selbstmorde hat gegen die Friedenszeit erheblich abgenommen.

Es folgten dann noch eine Reihe Ausführungen von Vertretern des Kriegsministeriums, die durchweg vertraulich waren. — Abg. Dr. Cohn kritisierte die Darstellungen über den Gesundheitszustand in der Armee. Für die Geschlechtskranken und Tuberkulösen hätten bestimmte Zahlen angegeben werden müssen. Redner übt dann Kritik an den Vorgängen in Finnland und in der Ukraine. Schließlich fordert er die Entlassung der russischen Gefangenen. — Abg. Erzberger betont, daß man im Kriegsministerium der Technik nicht von Anfang an die ihr gebührende Bedeutung beigemessen habe. Ueber die Vorgänge im Osten müsse Klarheit geschaffen werden, um so mehr, als die Militärverwaltung nicht gestatte, daß Reichstagsabgeordnete nach diesen Gebieten reisen, um dort die Verhältnisse kennen zu lernen. Dem Reichsrat muß Mitteilung darüber gemacht werden, welche Abmachungen mit der ukrainischen Regierung getroffen worden sind.

Die Beratungen werden fortgesetzt.

### Deutscher Reichstag.

#### Die Getränkesteuern.

In der letzten Sitzung nahm der Reichstag zu den vorgeschlagenen Getränkesteuern Stellung. Graf Koeberner suchte die Vorlage so schmachtend wie möglich zu machen. Seine Beweisführung war durchaus nicht unanfechtbar, z. B. als er behauptete, die Weinsteuern seien Besteuerungen in indirekter Form. — Der Zentrumsabgeordnete Herold gab sich als Mittelständermann, der für das Gedeihen der kleinen Brennerereien eintritt und dem Monopol verdrößen entgegensteht. Zuletzt erschöpfte er sich an der zum Ueberdruß vorgebrachten Ansicht, von ausreichenden direkten Steuerlasten der Einzelstaaten und machte drei Kreuze vor einer etwaigen Vermögensabgabe. — Der Fortschrittler Blum und der Nationalliberale Schulerburg stimmten dem Branntweinmonopol zu. — Unser Genosse Müller wies nach, daß die neuen Steuern eine restlose Belastung der Konsumenten bedeuten. Die Besteuerung der Volksgetränke mit Ausnahme von Quellwasser, Kaffee-Ersatz und Kamillentee, ist unsozial und unhygienisch. Da die Vorlage die Privilegiertenwirtschaft der Brennerereien unberührt läßt, stehen wir ihr ablehnend gegenüber, zumal sich auch die Monopolisierung gegen den technischen Fortschritt wendet. Auf die Volksstimmung

kann die ganze Vorlage nur höchst ungünstig wirken. Die vorsichtig zustimmende Haltung des Bündlers Koesler ist so selbstverständlich, wie sein Hohes Lied auf den Segen der Schnapsbrennerie. Die Ausführungen des Unabhängigen Wurm, der als Chemiker jagdenmäßig der Frage nachsteht, ergänzen die unseres Genossen. Abg. Mumm hielt seine übliche Pastorenrede gegen den Alkohol. Die Beratungen wurden sodann an verschiedene Ausschüsse verwiesen. Heute kommen Anfragen und Petitionen; dann wird sich der Reichstag bis nächsten Mittwoch vertagen.

Donnerstag, 25. April 1918.

152. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Koeberner.  
Vom Präsidenten des ungarischen Magnatenhauses ist eine Glückwunschrede anlässlich der Siege im Westen eingelesen. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der

#### Getränkesteuern.

Reichstagsabgeordneter Graf Koeberner: Die Getränkesteuern sollen in Zukunft 1600 Millionen Mark, das sind 1240 Millionen mehr als bisher, einbringen. Bisher stellten die Getränkesteuern etwa 1/4 der gesamten Steuern des Reiches dar; ich würde nicht freuen, wenn das auch in Zukunft der Fall sein würde. Die Maßsteuer hat jetzt nur noch einen erschreckend geringen Betrag gebracht, weil nur noch wenig Maß verwendet wird; deshalb gehen wir zur Fabriksteuer, zur Biersteuer über, deren Sätze wir für erträglich halten. Auf das Branntweinmonopol ist die Regierung wieder zurückgekommen, weil die Verhältnisse sich völlig verschoben haben. Der vorgelegte Entwurf ist im wesentlichen eine Verstaatlichung der Spirituszentrale. Die betroffenen Angestellten und Arbeiter sollen entschädigt werden. Doch haben die Geschäftsjührer erklärt, sie wollen keine verantwortliche Stellung in der Monopolverwaltung übernehmen und verzichten auf eine Entschädigung. Mit einer stärkeren Besteuerung des Weines erklärten sich die Interessenten einverstanden. Wir schlagen eine Besteuerung vor, die möglichst weit dem Produzenten erhoben wird. Die Wein- und Schaumweinsteuern sind Besteuerungen in indirekter Form. Die Besteuerung der Mineralwässer wird jedenfalls Angelegenheit sein; es ist aber dabei zu bedenken, daß auf dem Gebiet der Mineralwässer ungeheure Preissteigerungen stattgefunden haben. Die Zölle auf Tee, Kakao, Kaffee und Schokolade sind reine Finanzzölle.

Im allgemeinen bitte ich Sie dringend, ganze Arbeit in bezug auf die Höhe der vorgelegten Steuern zu machen, damit wir nicht später wieder mit Erhöhungen kommen müssen.

Abg. Herold (Zentr.): Die Staffellung bei der Biersteuer muß in der Kommission genau daraufhin geprüft werden, ob die kleinen Betriebe genügend berücksichtigt sind. Am schwersten werden von der Steuer naturgemäß die am meisten Bier konsumierenden Gebenden des Reiches getroffen.

Die Weinsteuer sollte beachtet werden je nach der Veränderung, die die Weinzölle erfahren. Die Steuer auf Mineralwässer und Limonaden ist berechtigt. Bei den großen Verdiensten, die der Zwischenhandel auf diesem Gebiete macht, braucht deshalb der Flaschenpreis nicht zu steigen. Die Erhöhung der Kaffeezölle wird ein erhebliches Herabgehen des Verbrauchs zur Folge haben, zumal die Bevölkerung sich jetzt im Kriege an den Kaffee-Ersatz gewöhnt hat.

Der höchste Mehrertrag von 800 bis 650 Millionen soll aus dem Branntweinmonopol erzielt werden. Früher hat der Reichstag dies Monopol abgelehnt. Inzwischen ist die Einrichtung des Monopols durch die monopolartige Stellung der Spirituszentrale erklärt worden. Auf der anderen Seite ist zu bedenken, daß viele selbständige Erzeugnisse durch dieses Monopol vernichtet werden, denen der Staat erhebliche Entschädigungen zu zahlen muß. Es besteht auch die Befürchtung, daß die Fortschritte der Technik in der jungen Branntweinindustrie unter der Monopolverwaltung sich nicht so entwickeln werden, wie bei der Privatindustrie. Infolge der sehr hohen Steuer ist ein starker Rückgang des Verbrauches zu erwarten, was auf den Gesamtertrag nicht ohne Wirkung bleiben kann.

Bei einem Vergleich der direkten mit den indirekten Steuern darf man nie das Reich allein berücksichtigen, sondern auch die direkten Steuern der Einzelstaaten und Kommunen, die indirekte Steuern nur sehr wenig haben. Zieht man den Vergleich in dieser Weise, so wird man nicht staunnen, daß die indirekten Steuern in Zukunft noch weiter ausgebaut werden müssen. Man hat eine allgemeine Vermögensabgabe von 25 Prozent vorgeschlagen. Das würde eine erhebliche volkswirtschaftliche Schädigung bedeuten. Der Redner beantragt, die Getränkesteuer an eine 25prozentige

### Diethelm von Buchenberg.

Eine Schwarzwälder Dorfgeschichte von Berthold Auerbach.  
9. Fortsetzung.

Am Waldrande in der Mitte des Weges erhob sich eine Staubwolke, und als die Fahenden näher kamen, zeigte sich eine große Herde Schafe. Der Schäfer kannte Diethelm und sagte, daß er am Abend in Buchenberg sein werde, und lobte überaus die eingekaufte Herde. Diethelm empfahl ihm, ruhigen Trieb zu halten, und warf auch ihm ein Geldstück zu.

„Das ist alles unser“, sagte Diethelm dann mit triumphierender Miene zu Franz, und mit Stolz wies er weiter hinaus, wo wieder eine Herde in einer Staubwolke sich zeigte, und es war ihm, als ob nirgends Raum genug wäre und auf allen Wegen sich sein Reichthum ausbreitete, mit dem er Hohes, Unübersehbares erobern wollte. Mit Behagen erzählte er zum Hundertmal dem Franz, wie er vor dreißig Jahren mit dem Stab in der Hand und neun Kreuzen in der Tasche nach Buchenberg gekommen sei, und wie er jetzt aufträte und noch höher hinaus müsse. „Und alles nur für dich und für die Meinigen in Leuzweiler“, schloß er und redete nun Franz ins Gewissen, daß sie den Schäfer Munde, der jetzt daheim gewiß auf sie warte, ein für allemal aufgeben müsse. Franz erklärte sich hierzu bereitwillig, sie spottete über die Liebhaftigkeit Munde als über ein Kinderpiel, nannte ihn ein an Pfenningwirtschaft gewöhntes Schafherde und sagte geradezu, daß sie nur noch in reichen Verhältnissen leben und sich nicht abplagen möge wie eine Viehmagd.

An der sogenannten kalten Herberge auf der Anhöhe standen noch drei beladene Wollwagen. Diethelm stieg ab und hörte, daß diese Fuhrer für ihn seien; er ließ nun den Fuhrleuten aufstehen nach Herzenslust, bejehnte die Armen und Wanderburschen, die sich wie gerufen eingestellt hatten, und gebärdete sich überhaupt, als ob er einen großen Schatz gefunden und Geld für ihn gar keinen Wert habe. Er freute sich des dankenden Lobes von den Fuhrleuten und hochte aus dem Verschlage hinaus nach der großen Straße, denn er wußte wohl, daß die Leute dort den Ruf im Lande machen. Es war aber nicht allein dieser Ruhm, der ihn ertraute; er hatte seine Lust an der Freigebigkeit selbst; dieses Auflebens der Besessenen durch die Gabe, dieses Erlauchten des Ansehens gleich dem glänzenden Aufspriessen einer Pflanze nach erstreichendem Regen, das tat ihm im Innersten wohl.

Sinnliche Naturen, das heißt solche, die mit männlichen Trieben ausgestattet sind, neigen aus leicht zu Freigebigkeit und Wohlthätigkeit; das Frühlingsgefühl ist reich erregbar, und jener dunkle Zusammenhang mit der Außenwelt offenbart sich in Leid und Lust. Was die Gutherzigkeit nennt und mit Recht hoch hält, wird durch die Reue nicht aufgelöst. Die Sonne freier Gedanken

nis färbt die Frucht, der aus dunklem Grunde der Saft zufließt. Diethelm empfand eine wahre Glückseligkeit in der Anschauung und in dem Gedanken, wie viele er labte und erquikte. Der Wein mundete vortrefflich, und da einmal aus Versehen ausgegipamt war und die Frau zu Hause gewiß kein Essen bereitet hatte, ließ es sich Diethelm, trotzdem es noch so früh am Tag war, trefflich schmecken; zankte nun die Frau dabein, so hätte er doch vorgezogen, und der Wein gab Mut zu allem. Der Wirt äugerte in respektvoller Weise seine Freude über die Einkehr Diethelms und erzählte, wie es ihn schon lang verdrossen habe, daß er immer ohne einzutreten vorbeigefahren sei. „Freilich“, sagte er hinzu, „früher hat das Haus kein Ansehen gehabt, aber jetzt, seitdem ich neugebaut habe, besuchen mich die Herrschaften aus der Stadt.“

„Hast deswegen neugebaut?“  
„Nein, ich hab' müssen, ich bin ja abgebrannt.“  
„So?“ sagte Diethelm und füllte ein volles Glas hinab.  
„Bist versichert gewesen?“

„Darüber könnt' ich nicht klagen, der Kaufmann Gäbler auf dem Markt hat mir den Schemel unterm Tisch vergütet.“

Diethelm schwieg während der weitläufigen Erzählung von dem Brand und dem Neubau. Er hörte mißtrauisch die ganze Darlegung von der Anklage auf Brandstiftung und der vollkommenen Freisprechung von derselben, und so heiter er in das Wirtshaus eingetreten war, ebenso mißmuthig verließ er dasselbe; der Mann und all seine Habe, alle die Früchte, Stühle, Türen ersahnen ihm so verbrochen, das ganze Haus so unheimlich, als spräche aus jedem Stein und Balken das Verbrechen, das es gegründet haben sollte.

Als sich er vor einer verzauberten Schauplatz, die ihn festbannen wollte, machte sich Diethelm davon, und die Leute schauten ihm verwundert nach, als er in getrocknetem Galopp über die Hochebene davonjagte.

Als es wieder bergab ging, hemmte Diethelm kein Rad, und die Klappen stemmten sich rechts und links, und Diethelm fuhr immer hin und her, um dadurch eine Schlingelung des Wagens zu gewinnen. Da frachte es plötzlich, der Sattelgaul stürzte und Diethelm mit sich vom Wagen herab, daß Franz laut aufschrie. Herbeieilende Wegwächter halfen bald wieder auf, Diethelm hatte sich nicht beschädigt, nur hinkte er am linken Fuß. Die zerbrochene Deichsel wurde zusammengebunden, und die wild gewordenen Pferde an der Hand führend, ging Diethelm mit der Franz neben ihnen her. Eine gute Straße gingen sie lautlos dahin, jetzt hielt Diethelm an, nahm feuchend den Hut ab, keine Haare schienen in der Zeit seit zwei Tagen sehr gebleicht zu haben, und an das laubbedeckte Pferd geklammert, sagte er mit zitternder Stimme: „Franz, ich hab' verbrochen, ich hab' mir selber den Tod an, wenn ich auf meine

alten Tage in Not kam; wenn ich laufen müßt und nicht mehr fahren könnt'. Gud, ich mein', ich geh' fröhlich im Boden, ja schwerer wird mir's. Wenn ich joweit runterkäme — nein, es darf nicht sein. Ich bin nicht allein, ein ganzes Dorf hängt mit mir. Wenn ich niemand mehr was schenken könnt' — lieber möcht' ich gestorben sein.“

Franz tröstete, so gut sie konnte, und nannte diese Schwermut nur eine Folge des Schreckens. In Unterhaltungen, kaum noch eine Stunde von Buchenberg, war Diethelm eigentlich schon zu Hause, denn hier hatte er einen Weidwang für vierhundert Schafe gepachtet. An der Schmiebe wurde nun die zerbrochene Deichsel wieder festgenietet, und der Wein im Wirtshaus festigte sich ebenso das getrickte Gemüth Diethelms, ja, er fühlte sich so frisch gestimmt, als ginge es zu einer besonderen Festlichkeit, und in seltsamer Laune schickte er nach dem Wirt und ließ sich von ihm mitten in der Woche die Parittoppeln abnehmen.

#### Letztes Kapitel.

Mit Aufsehen erregendem Wagengerassel fuhr Diethelm in Buchenberg ein; aber es schaute niemand nach ihm, denn eben läutete die große Glocke, die sogenannte alte Kirchtur, die nur bei Sterbefällen und in Feuersgefahr allein angezogen wurde. Diethelm fühlte, wie dieser Klang ihm den Atem stelte. War's möglich, daß seine Frau sich ein Leid angetan? Er mußte die Leute auf der Straße für die arme Seele beten lassen und konnte nicht fragen.

„Wer ist gestorben?“ fragte er, beim Wirtshaus zum Waldhorn anhaltend, und erhielt zur Antwort, daß man denn schon Küfermahl zum Verschicken laute. Diethelm knallte mit der Peitsche. Es war nicht der Mühe wert, um den alten Mann so viel Aufsehens zu machen.

Weitern Sinnes fuhr er das Dorf hinaus nach seinem Gehft. Im hellen Mittagglanze lagen Haus und Säener und Ställe fastlich da. Das Haus, mit der Giebelseite nach der Straße gelehrt, von den Grundmauern bis zum Dach um und um mit grau gewordenen Schindeln verkleidet, die als Wetterpanzer dienten, öffnete jetzt hölzerner feiner Mund und erhielt große Broden; denn in dem Vorbau am Dache standen zwei Männer und jagten an der Radwinde die Wollballen herein, die von unter hinaufgeschrotet wurden. Aus dem Schornstein stieg kein mirtaglicher Rauch auf, und es war nun dappelt gut, daß in der kalten Herberge vorgefetzt war. Während er den kleinen Hügel hinaufsteig, überlegte Diethelm, wie er dem leipenden Wesen der Frau begegnen solle, und es blieb schließlich dabei, daß er zu allem Anfang und geheimnisvoll tun müsse, als ob er einen großen Gewinn in der Tasche und einen noch größeren in Aussicht habe. Als er anhielt und abstieg, ließ sich niemand sehen.

Fortsetzung folgt.



Kommission zu verweisen, das Branntweinmonopol an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Hg. Müller (Soz.). Der Staatssekretär weist auf die Relation der indirekten Steuern zu den direkten hin. Man muß aber auch an ihre Beziehungen zur allgemeinen Lebenshaltung denken. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die diesmal vorgeschlagenen indirekten Steuern sollen teils aus die Konsumenten abgeholt werden, deshalb erklären sich ja auch einzelne Interessentengruppen damit einverstanden. Der Staatssekretär wollte ganze Arbeit machen. In der Tat sollen ausnahmslos alle Getränke außer Quellwasser, Kaffeekaffee und etwa noch deutschen Teelöffelern erfaßt werden, und diese Steuern gehen Hand in Hand mit einer dauernden Verschlechterung der Getränke. Das heutige Bier führt keinen Namen wohl überhaupt nur noch daher, daß es in den alten Bierfassern verfaßt wird. Als Nahrungsmittel kann man dieses schlechte Bier gewiß nicht mehr bezeichnen, und auch in den ersten Friedensjahren wird es so bleiben. Die Begründung erklärt die Biersteuer für erträglich, denn das Publikum habe die Bierverküpfung während des Krieges hingenommen. Nun — im Frieden hätten die Preiserhöhungen sicher zu Bierstrahlen, in Bayern wohl auch zu Bierrevolutionen geführt. Der Patriotismus der Bevölkerung hat das während des Krieges verhindert. Für ganz besonders ungerade halten wir es, daß neben der hohen Biersteuer auch die kommunalen Biersteuern noch erhalten bleiben sollen. Ganz besonders verheerend muß die Zuckersteuer auf die Gastwirte wirken, die unter dem Krieges überaus höher wegen der ungenügenden Belieferung zu leiden haben. Tausende von Existenzen sind in diesem Gewerbe vernichtet worden, und die neuen Getränkesteuern werden ihnen eine Wiederanrichtung nach dem Kriege unmöglich machen.

In der Kommission werden wir vor allem für eine andere Mischung von direkten und indirekten Steuern sorgen müssen. Weinsteuern sind bisher immer abgeschafft worden, weil man glaubte, die Winger können sie nicht abwälzen. Durch die gestiegenen Weinpreise ist aber die Lage der Winger gegenwärtig sehr gut, es wird ja geradezu Weinwucher getrieben — gibt es doch Leute, die 50 000 Mark in Wein anlegen, um ihre Kriegsgewinne vor einer Kriegsgewinnsteuer zu retten. Die Weinsteuer soll 20 Prozent betragen und der Staatssekretär nennt sie eine Kaffeesteuer, denn der Wein sei das Getränk der bestehenden Klassen. Im Westen Preußens und in Süddeutschland ist das keineswegs der Fall. Wir sind in Anbetracht der Bedürfnisse des Reiches keineswegs gegen jede Weinsteuer. Aber der vorgeschlagene Entwurf trifft die billigen Weine ebenso hoch wie die hochwertigen Ausleseweine. Diese Ungerechtigkeit muß in der Kommission beseitigt werden. Ebenso ungerade ist es, die weinähnlichen Getränke mit 20 Prozent zu belegen. Auch bei der Schaumweinsteuer ist zu erwägen, ob die Fruchtweine ebenso hoch zu belegen sind wie die Rostige, es vorzieht. Die Besteuerung der Mineralwasser ist überaus hart. Mit dieser Steuer will man gleichzeitig einen Zoll für Tee, Kaffee und Schokolade verbinden, damit die Werte nicht etwa von der Schokolade zum Tee übergehen. Gegen solche Fülle sprechen hygienische Bedenken. Der kürzlich, Verfall der Bevölkerung ist ja bedingt durch die wenig abwechslungsreiche Kost und die wenig abwechslungsreichen Getränke. Vor allem sollte man den Kaffeegehalt nicht erhöhen, sondern ihn möglichst beschränken. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die Branntweinsteuer ist die erste Monopolvorlage, aber jedenfalls nicht die letzte. Die Bedürfnisse des Reiches zu decken wird ohne Monopole nicht möglich sein. Aber die Vorlage bringt kein Produktionsmonopol, sondern nur ein Verarbeitungs- und Handelsmonopol. Die Vorlage ist lediglich eine Restrukturierung der Spirituszentrale, d. h. also, die vollständige Privilegierung der Spirituszentrale soll aufrecht erhalten werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Daher bleiben alle Gründe, die wir früher gegen die Branntweinsteuer angeführt haben, bestehen. Sogar kommt, daß die Gesetzgebung sich hier gegen den technischen Fortschritt richtet. Die Spirituszentrale aus Brennerreien reicht im Krieg nicht aus. Man mußte daher im Krieg das tun, was man früher immer durch die Gesetzgebung verhindert hat, Spiritus nämlich auf andere Wege zu erzeugen als in Brennerreien. Die betreffenden Fabriken sind mit Reichs- und Staatsmitteln ins Leben gerufen worden, nun aber sollen sie durch die Gesetzgebung in ihrer Produktion beschränkt werden, daß nur ja die Brennerreien keinen Schaden erleiden. Wir werden in der Kommission dafür sorgen müssen, daß nicht die Interessen der Brenner, sondern die der Allgemeinheit gewahrt werden.

Bei diesen Steuern sollte man sich auch fragen, wie sie auf die Mentalität (Sinnung) der Bevölkerung wirken werden. Wird sich denn die Bevölkerung, werden sich vor allem die Konsumenten die kolossalen Preiserhöhungen auch dauernd im Frieden gefallen lassen? Überale und Konferenzen haben darauf hingewiesen, daß in der Bevölkerung durch den Krieg ein Staatsgefühl erwacht ist. Wollen Sie ein solches Gefühl erhalten, dann dürfen solche Steuererhöhungen nicht gemacht werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Steuererhöhungen würden ja geradezu das Staatsgefühl. Die Kommission möge den Gesetzen den harten sozialen Einschnitt verschaffen, der jetzt in den Vorlagen nicht zu finden ist. (Leb! bei den Soz.)

Hg. Dr. Sina (Vollst.) betont dem Staatssekretär gegenüber, daß die hier vorgeschlagenen direkten Steuern nur einmalig, die indirekten Steuern aber dauernd sind. Ob die Verbraucher bei Einführung des Branntweinmonopols besser wegkommen werden, als bei einer entsprechenden Steuer, wie der Staatssekretär meint, ist mit sehr fraglich. Billigkeit kommt bei dem Regen in die Traube. Auf keinen Fall darf das Branntweinmonopol einseitig vom landwirtschaftlichen Standpunkt betrachtet werden, wie die jetzige Branntweinsteuererhebung. Die Ertragsteuern des Krieges sollten dazu führen, daß überhaupt keine Kartoffeln mehr in den Brennerfeldern kommen, sondern daß die Kartoffeln restlos für die menschliche Ernährung ausgenutzt werden. (Bravo!) Die Weinsteuer ist rechtlich die beste. Damit, daß die Weinsteuer den Verbrauchern auferlegt werden soll, sind wir einverstanden. Es muß vorgelegt werden, daß die Winger nicht von der Steuer betroffen werden. Dazu wird es gut sein, wenn die Winger sich in Erwerbsgenossenschaften zusammenschließen. Bei der Biersteuer muß festgestellt werden, was als Dämmbräu und was als Vollbier gelten soll. Gegen die Steuern auf alkoholische Getränke bestehen schwere volkswirtschaftliche Bedenken. Grundlegend wird man ihnen angeheißt die Finanzlage zusammenfassen. Aber im Verhältnis zu den alkoholischen Getränken ist die Besteuerung der Limonaden und Mineralwässer viel zu hoch.

Hg. Schulenburg (Karl). Dem Branntweinmonopol stimmen wir zu. Zum Schluß unserer Winger sollte man auch den Auslandswein näher dem Zoll nach betrachten. Gegen Besteuerung der Fruchtweine haben wir große Bedenken. Der Schaumweinsteuer stimmen wir zu.

Hg. Dr. Köhler (Komm.) begründet die Zustimmung seiner Freunde zu dem allgemeinen Gedanken der Vorlagen. Der Biersteuer werde mit Unrecht vorgehalten, daß sie zu sehr in die Gewerbebetriebe eingreife. Bei der Zuckersteuer ist es nur die Winger gefährdet, über 10 Prozent hinaus zu gehen, für bis zu 20 Prozent, wie die Vorlage will. Die Branntweinsteuer ist in ihrer Höhe vorgelegt. 20 Prozent ist ein sehr hoher Prozentsatz, doch haben wir, ob der Versuch, den Winger in Erwerbsgenossenschaften zu bringen, das die Steuer nicht den gewünschten Erfolg bringt. Der Kartoffelbau ist recht eigentlich erwünscht und wird am besten durch den Staat gefördert. In dem ja während des Krieges mit den Brennerreien nach Einfluß eingebracht werden.

Hg. Wurm (H. S.). Die Methode ist auch hier wieder die alte: die Konsumenten sollen die indirekten Steuern auf sich nehmen. Hat doch schon Papst Sixtus, der Herrscher über die Welt, die indirekten Steuern auf sich nehmen lassen. In der Tat ist es ein sehr schlechtes Mittel, die indirekten Steuern auf sich nehmen zu lassen. Aus diesen Gründen hat die Kommission gerade die indirekten Steuern den Verbrauchern zugeordnet. Nur die Schaumweinsteuer trifft die Verbraucher, aber zum Ausmaß, das man auch nicht den Champagner der kleinen Leute den vorzüglichen Getränken weihen sollte. Und dann ist nicht zu wenig über den Wein zu sagen, denn man muß die Weinsteuer nicht als eine Steuer betrachten, die die Winger zu sehr belastet, sondern die Winger zu sehr. Sogar die Winger sollten in der Kommission...

lanntenn, werden so um 100 Prozent gesteigert. (Hört, hört!) Das heißt direkt den Alkoholmißbrauch fördern. All diese Steuern bringen außerdem noch ausgedehnte Viehbesgaben für die Interessenten. So heim Weingeist durch die hohe Verpöpfung der ausländischen Weine. Daher hört man auch diesmal von keinem Widerspruch der Winger gegen die Steuer. Ebenso hat man große Zweifel an der Interessenten bei der Biersteuer-berührt, indem die größeren und kleineren Brauereien gegen die Konkurrenz der Großbrauereien geschützt werden. Allerdings geschieht dies auf Kosten der Biertrinker. Außerdem wird die Folge einer Kartoffelsteuer der großen und kleinen natürlich wieder auf Kosten des Publikums sein. Es ist hier genau dasselbe wie bei der Branntweinsteuer, die der reaktionäre Reichstag 1887 geschaffen hat. Hier ist als solches Kartell die Spirituszentrale entstanden, die heute etwa 98 Prozent der Brennerreien umfaßt und in der Lage ist, durch Verhinderung des ganzen Marktes den Preis für das Produkt zu diktiert. Während des Krieges entstand ihr ein neuer Feind durch den technischen Fortschritt, nämlich durch die Möglichkeit, reinen Spiritus aus Kalkiumsalz herzustellen. Während des Krieges sind Kalkiumwerke entstanden, die Kalksalz herstellen, der der Landwirtschaft nur in geringem Maße gewährt werden konnte, weil er für die Sprengstoffabrikation nötig war. Aber im Frieden ist diese Verwendung unmöglich, und so würden die Werte in großen Maße aus Kalkiumsalz, also aus Kalk und Kohl, Alkohol herstellen. Und nun unterbindet diese Gesetzgebung geradezu den technischen Fortschritt, indem sie diesen Werken die Herstellung von Alkohol und Essigsäure verbietet. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Man sagt, die Landwirtschaft braucht die Schlampe als Viehfutter und deshalb müssen die Kartoffeln zu Spiritus verarbeitet werden. Da könnten die Landwirte doch die Kartoffeln direkt als Viehfutter verwenden. (Sehr richtig!) Aber die landwirtschaftliche Technik ist heute imstande, gutes Viehfutter auch aus den Abfällen der Zuckerfabrikation zu bereiten, so daß die 26 Millionen Zentner Kartoffeln, die in die Spiritusbrennerreien wandern, für die menschliche Ernährung erhalten bleiben könnten. Um das zu verhindern, um die Brennerreien zu schützen vor dem Kalkiumsalz, kommt jetzt das Reichsmonopol, aber nicht ein Produktionsmonopol — die Produktion bleibt in den „bewährten“ Händen der Spirituszentrale — sondern ein Zwischenhandelsmonopol des Reiches. Dieses Monopol wird verbrannt mit einem parlamentarischen Beirat, der natürlich nichts zu sagen hat. Die Steuer auf den Alkohol beträgt 800 Mark auf den Liter und deckt ganz ungenügend den Branntwein, den gerade die Armen und Vermittelten konsumieren. Dagegen muß jeder Sozialist aufs härteste Stellung nehmen; denn hier handelt es sich um ein Handelsmonopol, das geradezu den Käufer privilegiert. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.) Und auch die ganz innere Einrichtung des Gesetzes, alle seine Entschuldigungsbestimmungen entsprechen dem Grundsatze: „Denen, die haben, wird gegeben.“ Dieser Monopolentwurf soll Steuer auf Einkommen und Vermögen hinführen, das ist eine Umwälzung der Lasten auf die Vermitteln, eine Kontribution, wie sie der Feind kaum auferlegen würde. Wir hoffen, daß das Volk erwachen, die politische Macht erlangen und mit dieser Art Gesetzesmacherei aufräumen wird. (Leb! bei den Unabh. Soz.)

Hg. Wurm (Deutsch. Frakt.). Bei dem großen Bedarf des Reiches werden wir auf das sorgsamste prüfen müssen, wie die Verteilung der Steuerlasten auf die einzelnen Schichten der Bevölkerung vorzunehmen ist. Jedenfalls begrüßen wir es, daß der Monopolentwurf jetzt eine günstige Aufnahme in der Bevölkerung findet. Aber wir dürfen die neuen Beschlüsse der gemäßigten Gesetzgebung des Alkohols und der Essigsäure nicht so befehlen, daß sie unterdrückt werden zugunsten der Verzerrung von menschlichen Nahrungsmitteln zu Alkohol. Auch sollen wir überlegen, ob wir das vorliegende Gesetz nicht auch zur Stärkung der Nährwertbewegung benutzen sollten. Aus diesen Gesichtspunkten haben wir Bedenken gegen die Besteuerung von Mineralwässern, Tee, Kaffee, Kakao. Weniger bedenklich ist dagegen die Besteuerung, zumal die Auslandsweine, die mit einem starken Zoll belegt werden sollen. Die Debatte schließt. Die Vorlagen werden an verschiedene Ausschüsse vertrieben. Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Anfragen, Petitionen.) Schluß 7 Uhr.

### Die dänischen Wahlen.

Die ersten dänischen Volkstingwahlen, die nach der neuen Verfassung abgehalten wurden, bezeugen einen Sieg der sozialdemokratischen Regierung, und der von ihr vertretenen wahrhaften Neutralitätspolitik über die entschieden gegnerischen bürgerlichen Gruppen. Die dänische Regierung hat die Landes-Stellung verfestigt, nicht nur die Neutralität Dänemarks nach außen hin, sie hat auch das dänische Volk im Innern gut über die Schwerezeiten des Krieges hinweggeführt und namentlich der großen Masse des Volkes eine verhältnismäßig gute Ernährung ermöglicht.

Der Wahlkampf war von noch nicht dagewesener Heftigkeit. Alle Kapitalisten, Großindustriellen, Großbauern und Kaufleute, denen die zur Erhebung der Steuer eingeführten sozialistischen Maßnahmen lästig und in ihrem Profitstreben hinderlich waren, hatten sich zusammengeschlossen, um das verheerliche Ministerium der Sozialdemokraten und Radikalen zu zürnen. Auch der Inselvertrauf an Amerika spielte im Wahlkampf eine Rolle und wurde zur Reaktion zur Unterstützung chauvinistischer Tendenzen benutzt. In der bürgerlichen Opposition spielten sich noch zwei neu gegründete, anarchistisch-sozialistische Gruppen, die „Sozialistische Arbeiterpartei“ und die „Unabhängige Sozialdemokratie“, deren gefährliche Zerstückelungsarbeit aber an der Einheit der dänischen Arbeiterklasse scheiterte.

Trotz aller Anstrengungen der Bürgerlichen und der äußeren Feinde hat sich das Ministerium feste Stellung bei den Wahlen behauptet. Nach vorläufiger Berechnung — die Verteilung der sogenannten Zulassmandate nach dem Verhältnisverhältnis ist noch nicht endgültig festgestellt — werden in dem neuen dänischen Volksting 39 Sozialdemokraten und 32 Radikale sitzen. Da die Gesamtzahl der Mandate 140 beträgt, so besitzt die Regierung mit 71 Mandaten bereits die absolute Mehrheit. Diese dürfte noch etwas später werden da das Ergebnis für die meist sozialistisch wählenden Arbeiter (ein Mandat) noch aussteht und die endgültige Verteilung der Verhältnismandate das Resultat ist; die Regierung wahrscheinlich noch günstiger gefallen wird. In der vorhergehenden Kammer, die nur 114 Mitglieder zählte, saßen 32 Sozialdemokraten und 32 Radikale. Die Regierungsmehrheit ist also vergrößert um ein weniges kleiner geworden, aber immer noch fest und ausreichend.

Die bürgerliche Opposition brachte es auf 68 Mandate, von denen 45 der alten Linken (Fortschritt) und 22 den in vier Gruppen gespaltenen Konzentrationen zuzurechnen. Ein Mandat erlangte die neu gegründete Erwerbspartei.

Da die Wählerkreise noch nicht endgültig festgelegt sind, so läßt sich über den Erfolg der Sozialdemokratie ein abschließendes Urteil noch nicht fällen. Jedenfalls zeigt ihre nun 32 auf 39 gestiegene Mandatszahl, daß sie sich stetig behauptet hat. Dies, obwohl sie unter ungünstigen Bedingungen kämpfte. Denn wenn auch mit der Vermehrung der Sitze von 114 auf 140 die Mandate der Hauptstadt Kopenhagen von 16 auf 24 erhöht wurden, so entspricht diese Mandatszahl doch noch nicht der Bevölkerungsziffer der Hauptstadt, die ein Fünftel der gesamten Bevölkerung des Landes umfaßt und die Hochburg der Sozialdemokraten und Radikalen ist.

Ueber die Wählungen des Frauenwahlrechts läßt sich ebenfalls nach den vorliegenden Nachrichten noch nichts Abschließendes sagen. Jedenfalls war die Wahlbeteiligung der Frauen sehr lebhaft. In Kopenhagen wurden drei weibliche Abgeordnete gewählt, darunter Frau Rasmussen (frz.), die Gattin des Landesverwaltungsministers.

### Aus der Partei.

Unabhängige Kampfesweise. In dem 18. hiesigen Wahlkreise, wo bekanntlich infolge des Ablebens des bisherigen Abg. Stolle eine Nachwahl stattfinden muß, ist die Wahlbewegung bereits im letzten Gange. Infolge der Zersplitterung der Arbeiterklasse bekämpfen sich die beiden Parteien in heftiger Weise. Mit welchen Mitteln hier die Unabhängigen arbeiten, dafür ein Beispiel aus einem ihrer Wahlflugblätter. In demselben wird „festgestellt“:

„Die Regierungssozialisten haben 124 Milliarden Kriegsgeld bewilligt.“

Die Regierungssozialisten verlängern den Krieg.

Die Regierungssozialisten finden sich mit einem Eroberungsfrieden ab.

Die Regierungssozialisten wollen sich mit den Kapitalisten verständigen.

Die Regierungssozialisten haben dem Hilfsdienstgesetz zugestimmt.

Die Regierungssozialisten bekämpfen die Friedenspartei.

Die Regierungssozialisten sind die Bundesgenossen des Bürgerkriegs.

Die Regierungssozialisten haben die Grundsätze der alten deutschen Sozialdemokratie abgeschrieben.“

Anstatt die bürgerlichen Parteien zu bekämpfen, die ebenfalls mit mehreren Kandidaten auf dem Platze erschienen sind, wird von den Unabhängigen der Kampf gegen die eigenen Klassen genossen geführt. Und dann in einer solchen schäblichen, niederträchtigen Weise, die die frühere Reichsverbandsmannier noch weit übertrifft. Hauptsächlich gibt die Arbeiterpartei diesen politischen Brunnenvergiftern am Wahltag die richtige Antwort!

### Ernährungsfragen.

#### Herabsetzung der Brotzotationen?

Am heutigen Freitag hält das Kriegsernährungsamt mit seinem Beirat eine Sitzung ab. Wie wir hören, wird der wichtigste Punkt dieser Sitzung die Frage sein, ob eine Herabsetzung der Brotzotationen erforderlich sei. Das fehlt gerade noch.

#### Laßt keinen Ackerboden braß liegen.

Diese vor einigen Tagen ergangene Aufforderung der Landwirtschaftsminister mit der Bestimmung, daß Ackerflächen, die aus irgend welchen Gründen nicht bestellt werden konnten, jetzt mit Sommerfrucht anzubauen sind, erfährt eine eigenartige Illustration durch folgenden Vorgang in Berlin-Treptow:

In der Reichshofstraße zu Treptow zwischen den Straßen 54 und 55 liegt ein 13 Morgen großes Wiesenterrain. Dieses ist im vorigen Jahre an die Militär-Intendantur pachtweise übergegangen, um den daneben liegenden Stapelplatz für Trainwagen und Feldküchen zu vergrößern. Da die 13 Morgen große Wiesfläche aber sehr tief liegt und nach ist, eignet sie sich für die Zwecke der Militärbewirtschaftung nicht. Wegen, die man verlustlos weise dort aufstellte, sanken so tief ein, daß sie nur mit Mühe herauszubringen waren. Dagegen hat man den 75 Familien, die bereits in früheren Jahren dort gutes Gemüse zogen, die Pachtung verweigert. Das große Gelände liegt nun braß und soll mit Schutt ausgefüllt werden. Dies geschieht in der Weise, daß zwei Soldaten mit Karren nüssig den Pflanzboden der Straße auf die Wiese karren. Diese beiden Leute haben mit dieser Schmutzarbeit täglich 30 Jahre zu tun, um die Wiese auszufüllen. Hier liegt nicht nur eine Vergeudung wertvoller Menschenkraft vor, sondern auch eine Verfündigung gegen die geforderte Ausnützung jedes Stückes Erde. Mehr als 100 Laubenkolonisten könnten hier Gemüse ziehen, um dem die Großberliner Bevölkerung eine wertvolle Beihilfe zu den knappen Nahrungsmitteln hätte.

### Aus dem Gerichtssaal.

Die Frau Kettler als Brotkradendiebin. Eine Frau Kettler Brandenburg als Neuköllnerin war früher in der Brotkommission beschäftigt gewesen und hat eine nicht unbedeutende Menge von Brot- und sonstigen Nahrungsmittelnkarten entwendet. Das Schöffengericht hatte sie zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Auf ihre Berufung ermittelte das Schöffengericht die Strafe auf vier Monate Gefängnis, da die Angeklagte nach ärztlichem Gutachten stark hysterisch ist.

### Aus Nah und Fern.

Familientragödien. In Berlin wurde am Montag in ihrer Wohnung die 33jährige Zimmermannsrau Minna Hendrich, geb. Dietz, nebst ihren drei Söhnen im Alter von 17, 13 und 9 Jahren tot aufgefunden. Frau Hendrich erhielt vor einigen Tagen aus dem Feld die Nachricht, daß ihr Mann bei den Kämpfen im Westen gefallen sei. Diese Mitteilung hat die Frau derart erschüttert, daß sie den Entschluß faßte, mit ihren Kindern gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Als am Montag Bekannte auf wiederholtes Klingeln und Klopfen an der Wohnungstür keinen Einlaß fanden, wurde die Polizei benachrichtigt und die Tür neugierig geöffnet. Die drei Knaben lagen tot in ihren Betten, während die Mutter als Leiche auf dem Fußboden lag. Es hat den Anschein, als ob Frau Hendrich am Sonntagabend die Kinder zu Bett gebracht und dann, als die Kinder schliefen, die Gashähne geöffnet hat. Eine andere Familientragödie spielte sich nach einem Telegramm des „B.Z.“ in Salzburg ab. Dort vergiftete der Maschinenfabrikant Karl Brunner seine 33jährige Frau sowie seine drei Kinder im Alter von 6 bis 10 Jahren und tötete sie darauf, selbst durch einen Schuß in den Kopf. In einem hinterlassenen Brief schreibt der Unglückliche, daß er die Tat wegen finanzieller Schwierigkeiten begangen habe.

Eisenbahnzusammenstoß. Zwischen Köln und Dierfelden liegen am Dienstag morgen zwei Kleinbahnwagen zusammen, jedoch sie teilweise umerwürgelt worden. Viele Personen wurden verletzt, mehrere mußten mit schweren Verletzungen in Krankenhäusern nach Köln-Mülheim gebracht werden.

Blinder Eifer. Folgende tragikomische Geschichte hat sich dieser Tage in Langenbrunn bei Weihenstephan in Thüringen zugezogen. Der Reichsbund der Kriegesbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer wollte eine Versammlung abhalten, der aber in letzter Stunde die Genehmigung verweigert wurde. Die erschienenen Kriegesbeschädigten begaben sich darauf wieder nach Hause, nachdem sie sämtlich zum Zeichen des Protestes dem Bunde beigetreten waren. — Wenige Minuten darauf erscheint der mit der Auflösung der Versammlung betraute Gemeindevorstand. Er kann nichts finden und beginnt die Räumlichkeiten zu durchsuchen. Schließlich gelangt er in einen Saal, in dem ein sonntäglich gekleidetes Publikum, überwiegend aus jungen Mädchen und Frauen bestehend, versammelt ist, die Festlichkeit einer Weihenstephaner Schulfahrt, die zufällig im gleichen Lokal stattfindet. Der Hüter der Ordnung aber, in dem Glauben, hier endlich die verspönte Kriegesbeschädigtenversammlung gefunden zu haben, tritt ein und erklärt mit Donnerstimme die Versammlung für aufgelöst. Den Gästen aber wird zumute, wie jenen guten Mann, von dem Wilhelm Tell...

#### Ohne Hören, ohne Sehen

Steht der Gute plöglich da und er fragt, wie dies geschehen, und warum ihm dies geschah.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: H. Schwanitz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.